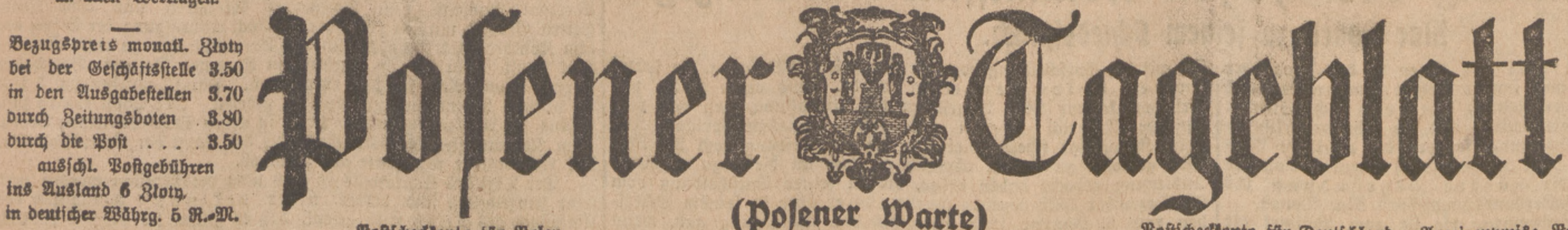
Freitag, 13. Februar 1925.
Erscheint an allen Werktagen.

Einzelnummer 15 Groschen
mit illustrierter Beilage 30 Gr.

64. Jahrgang. Nr. 36.



Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Bezugspreis monatl. Złoty bei der Geschäftsstelle 3.50 in den Ausgabestellen 3.70 durch Zeitungsboten 3.80 durch die Post . . . . 3.50 ausschl. Postgebühren ins Ausland 6 Złoty, in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Rumäniens Sorgen.

Die liberale Regierung scheint jetzt fest entschlossen zu sein, die längst in Angriff genommenen Bemühungen zur Beschaffung einer Auslandsanleihe für Rumänien zu einem halbwegs annehmbaren Erfolge zu führen. Darauf deutet der Stab jener Finanzpolitiker, den Vintila Bratianu um sich versammelt hat, aber auch die Zähigkeit der Unterhandlungen, die er mit englischen und amerikanischen Finanzkreisen führt. Der Finanzminister hat seine bisher vertretene Ansicht, daß Rumäniens Wirtschaft auch ohne ausländische Hilfe saniert werden könne, endgültig aufgegeben.

Die katastrophale Wirtschaftskrise hat sich in der Zwischenzeit nicht nur nicht gebessert, sondern ist vielmehr noch immer im Wachsen begriffen. Die Geldknappheit, das geschwundene Vertrauen des Auslandes und die mißlichen Zustände im Eisenbahnwesen haben Handel und Wandel ins Stocken gebracht und den Warenaustausch vollkommen unterbunden. Wirtschaftspolitische Fehlgriffe haben das gottgesegnete Agrarland soweit gebracht, daß die Regierung sich bemüßigt sah, eine Brotordnung einzuführen, die an die härteste Kriegszeit erinnert. Von dem Gelingen der Auslandsanleihe hängt jetzt das Schicksal der Regierung ab. Das fühlt Vintila Bratianu und fühlt auch seine Partei, deshalb die krampfhaften Anstrengungen und das so starke Aufgebot der Unterhändler.

Die Pariser Finanzkonferenz hat die Erwartungen Rumäniens nicht erfüllt. Die Großmächte waren mit ihren eigenen Angelegenheiten zu sehr beschäftigt und konnten selbst für sich nicht die Frage der Wiedergutmachung regeln. Verstimmt zogen die rumänischen Vertreter nach London. Ueber ihre bisherigen Verhandlungen sind schon verschiedene Berichte — je nach der Parteistellung der berichtenden Blätter mehr oder weniger unterfärbt — in die Oeffentlichkeit gedrungen, aus denen aber der wahre Kern noch nicht herauszuschälen ist. Das eine steht natürlich fest: Rumänien benötigt dringend eine Auslandsanleihe. Der künstlich herbeigeführte Ausgleich des Staatsvoranschlags hat lediglich einen buchhalterischen Wert, die tatsächliche Lage der rumänischen Wirtschaft spiegelt sich in ihm durchaus nicht wider. Das kommt daher, weil in dem Budget die Schulden der Nationalbank in Höhe von fast 4 Milliarden Lei nicht eingestellt sind. Die Frage der Rückstände des Staates an heimische Firmen für Lieferungen harrt einer raschen Lösung, die Regelung der ausländischen Schulden ist besonders aus politischen Gründen notwendig. Das Verkehrsnetz ist heruntergekommen und infolge der territorialen Veränderung nicht genügend zentralisiert. Um diesen Mißständen abzuhelfen, sind ungeheure Summen notwendig, die Rumänien aus eigener Kraft nicht aufbringen kann.

Die für Rumänien außerordentlich große Schuld der Nationalbank ist unerträglich, denn sie beeinflußt indirekt die Währung, die nach der vorübergehenden Stabilisierung noch lange nicht als gefestigt betrachtet werden kann. Die Staatsschulden an private Firmen haben die rumänische Industrie schwer in Mitleidenschaft gezogen und ihren zusammenhängenden Produktionsprozeß vollkommen auseinandergerissen. Die Auslandsschulden müssen auch deshalb schon geregelt werden, weil die Anerkennung Sowjetrußlands durch Japan es erfordert, daß Rumänien sich mit einer dritten Großmacht verbündet, die das Recht Rumäniens auf Beßarabien anerkennen würde. Daß hier die Wahl lediglich auf Italien fallen kann, bedarf keiner weiteren Erörterung. Nun liegen die Dinge aber so, daß Rumänien an Italien eine längst fällige Rechnung zu begleichen hat. Und zu alledem kommt noch die traurige Lage des Verkehrswesens.

Größer als die Dringlichkeit der Auslandsanleihe für Rumänien ist aber noch das Mißtrauen des Auslandes, mit dem es alle Versuche der Regierungsvertreter zur Beschaffung von ausländischem Kapital betrachtet. Es kommen dabei übrigens nur zwei Staaten in Betracht: England und Amerika. England scheint, wenn die bisherigen Meldungen zutreffen, schon abgewinkt zu haben, außerdem harren auch gerade gegenwärtig mehrere schwerwiegende Währungsfragen im Inselreiche einer dringenden Lösung. Amerika würde vielleicht seine Hilfsbereitschaft Rumänien nicht vorenthalten, wenn Rumänien die erforderlichen Garantien bezüglich der Zurückzahlung verbindlich bieten würde. Aber gerade die Sicherstellung wäre gewiß so groß, daß sie den Schuldner über das Maß des Ueblichen dem Gläubiger ausliefern würde. Gewiß hat auch dies seine Ursachen. Rumänien hat schon oft die Fälligkeit seiner Verpflichtungen über die Grenzen des Gebotenen hinausgeschoben und dadurch das kaufmännische Ausland mißtrauisch gemacht. Diesen üblen Ruf im Augenblick der Not zu korrigieren, ist gewiß keine leichte Sache. Dazu ist innere Ruhe, Ordnungsliebe und der Arbeitswille der Bevölkerung des Landes erforderlich. Es ist natürlich schwer vorauszusagen, ob Vintila Bratianu diesmal Erfolg haben wird oder nicht. Die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung einer Anleihe unter erträglichen Bedingungen für Rumänien gegenüberstehen, sind so zahlreich, daß man die Bemühungen der rumänischen Regierung nicht anders als höchst pessimistisch betrachten kann.

Gedanken zur Wirtschaftslage in Polen.

Die Kreditnot. — Anwachsen der Spareinlagen. — Zunehmende Arbeitslosigkeit. — Die Verarmung der Bevölkerung. — An der Börse. — Die amerikanische Anleihe. — Regierungskrise, wenn die Anleihe nicht zustande kommt. — Kombinationen.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Herr Michalski hat in seiner vielbeachteten Rede zum Budget gesagt, daß sich allmählich die Regierungskassen füllen und daß gleichzeitig die Krise im Lande zunehme. Es ist dies eine Erscheinung, die mit jeder Sanierungsaktion verbunden ist, und die sich z. B. in Danzig ganz besonders lebhaft fühlbar macht. Es werden mit der Sanierung der Staatsfinanzen einmal mit der Steuererhebung dem Lande und seiner Wirtschaft ganz bedeutende Summen entzogen. Dann aber ist es nötig, den Geldumlauf in bestimmten Grenzen zu halten, damit in der Emissionsbank, hier die „Bank Polski", genügende Deckung im Verhältnis zum Notenumlauf vorhanden ist. Alles das führt zu einer gewaltigen Geldknappheit, verbunden mit einer beispiellosen Kreditnot. Ein geradezu krasses Beispiel, welch groteske Situationen hier entstehen können, ist der „Bankerott" der alten angesehenen Lodzer Firma Heinzel u. Co., der bei einem Aktivbestand von 12 Millionen und einem weit geringeren Passivbestand von 8 Millionen deshalb erfolgte, weil — man sollte es kaum für möglich halten — die Mittel zur Zahlung eines Wechsels in der geringen Höhe von 28 000 Złoty nicht aufzubringen waren!

Wenn man sich nun den Stand der im Bankverband zusammengeschlossenen 43 größten Banken Polens ansieht, so wirkt es bei der allgemeinen Geldnot verblüffend, zu beobachten, wie stark die Geldeinlagen hier gewachsen sind. Vor der Valorisierung der Währung waren sie sozusagen auf dem Nullpunkt angelangt, da bei der ständigen, rasend fortschreitenden Entwertung der Polenmark niemand den Mut hatte, Geld in die Banken zu legen. Im Juli des vergangenen Jahres betrugen die Einlagen bereits 110,3 Millionen, im August 128,9, im September 152,9 und im Oktober 175,0 Millionen, und man dürfte nicht fehlgehen, wenn man sie heute auf über 200 Millionen annimmt. In ähnlich rascher Weise wuchsen mit dem wiederkehrenden Vertrauen zu der Geldwährung auch die Kredite. Während bei der einstigen Landesdarlehenskasse, der Emissionsbank, die der „Bank Polski" voranging, am 1. Januar 1923 die Wechsel nur 17,1, die Darlehen nur 17,2 Millionen betrugen, sind die Wechsel ein Jahr später bei der „Bank Polski" bereits auf 256,9 und die Darlehen auf 23,9 Millionen angewachsen. Die von den 43 größten Banken gewährten Kredite betrugen vor einem Jahre nur 20,8 Millionen und am 31. Oktober 1924 über 178 Millionen. Den gesamten, von der „Bank Polski", den Regierungsbanken und dem Bankverband, sowie vom Ausland gewährten Kredit kann man auf etwa 800 Millionen berechnen, wovon allerdings etwa 130 Millionen bei der „Bank Polski" rediskontiert sind. Daß diese Kredite, so erfreulich auch ihr Wachstum ist, bei weitem noch nicht genügen, zeigt eben der erschreckende Fall Heinzel, die unbeschreibliche Kreditnot der oberschlesischen Industrie, der Landwirtschaft und der Textilindustrie in den großen polnischen Zentren. Der Rückschlag der Kreditnot und der hierdurch entstandenen und immer noch vorherrschenden hohen Zinssätze für Darlehen zeigt sich darin, daß die Produktionskosten trotz der stark erniedrigten Arbeiterlöhne (4 und mehr Prozent monatlich) immer noch allzu schwer auf der Produktion lasten und sie in höherem oder geringerem Maße konkurrenzunfähig machen. Den Beweis hierfür liefert die zunehmende Arbeitslosigkeit, nachdem eine kurze, durch die Saison hervorgerufene Scheinblüte (für Textilwaren, Kohle usw.) die Zahl der Arbeitslosen vorübergehend hatte sinken lassen. Nachdem sie von 163 000 auf 150 000 gesunken war, ist sie gegenwärtig auf über 170 000 gestiegen, und da vor allem in Oberschlesien mit weiteren Arbeiterentlassungen zu rechnen ist, so müssen wir uns auf ein noch andauerndes Wachsen der Zahl der Arbeitslosen gefaßt machen. Demgegenüber bedeutet es für die Beurteilung der Lage nur wenig, wenn, wie zugunsten der allgemeinen Besserung oft angeführt wird, die Spareinlagen gewachsen sind. Bei 60 Sparinstituten gab es zu Beginn des vergangenen Jahres kaum 58 000 zł Spareinlagen und am Ende des Jahres bereits 2 676 274 zł. Prozentual genommen ist das natürlich ein großer Fortschritt. Aber tatsächlich betrachtet, sind zweieinhalb Millionen für ein Volk von nahezu 28 Millionen doch eine verschwindend geringe Summe, und sie deutet eher auf große Verarmung, als auf eine Besserung hin.

Nun ist an der Börse in den letzten Tagen eine scharfe Aufwärtsbewegung aller Aktien zu beobachten. Zum Teil wird diese günstige Bewegung daraus erklärt, daß die meisten Gesellschaften die Umvalorisierung ihres Kapitals vornehmen, anderseits will man darin die Vorzeichen dafür erblicken, daß die amerikanische Anleihe in den nächsten Tagen perfekt werde. Nun, Börsenhaussen oder -baissen können nicht als absolut untrügliche Vorzeichen betrachtet werden, und so lange eine offizielle Regierungserklärung über die Anleihe noch fehlt — und bisher hat der vorsichtige Herr Grabski noch immer mit einer exakten Mitteilung zurückgehalten —, so lange wird man eben die Anleihe noch nicht als durchaus gesichert betrachten können. Nun, der 15. Februar steht vor der Tür, bis die Anleiheoption abgegeben werden muß. Wir werden dann ja die nötige Gewißheit erlangen. Soviel scheint sicher, daß Herr Grabski und mit ihm seine Regierung ernste Schwierigkeiten haben wird, falls die Anleihe noch im letzten Augenblick auf Schwierigkeiten stoßen sollte. Aber wer soll seine Nachfolge übernehmen? In den Ferienwochen des Sejm, wenn viele Berichterstatter infolge von Stoffmangel, gerne jeden in den Wandelgängen des Sejm herumgetragenen Klatsch zu Berichten verwenden, war allerhand die Rede von einem möglichen neuen Zusammenschluß von Rechtsparteien und Piasten. Nun, das Hauptbindeglied der früheren Koalition zwischen Rechts und Piast, das Abkommen über die Agrarreform und die Parzellierung, ist in Stücke gegangen, als der Großgrundbesitzer Fürst Czertwertyński seine Unterschrift unter dem mit der Piastpartei geschlossenen Parzellierungspakt zurückzog. Dieser Parellierungspakt war aber das schwierigste Kunststück, mit Hilfe dessen nach unendlicher Verhandlung der Piast-Rechtsverband zustande kam. Wie soll man nun eine Mehrheit finden, auf die sich eine neue Regierung stützen könnte? Jedenfalls aber, so glauben wir, wird es nicht Herr Witos sein, wie einige Blätter glauben machen wollten, der an die Spitze einer neuen Regierung treten könnte.

Dienstag abend erfahren wir, daß an der Börse eine Ernüchterung eingetreten ist. Die Kurse, die einige Tage lustig gestiegen waren, erlitten Verluste bis zu 40 und mehr Prozent.

Riesiges Grubenunglück in Deutschland.

100 Todesopfer.

Dortmund, 12. Februar, 8 Uhr 25 Minuten. In der Zeche „Minister Stein" Schacht Nr. 3 ist gestern um 8 Uhr 10 abends eine Explosion erfolgt. Diese Explosion hat einen außerordentlich heftigen Charakter angenommen. Die Strecken sowohl der dritten wie der zweiten und ersten Sohle sind durch Brüche gesperrt. Die gleich nach der Explosion eingesetzten Rettungsmannschaften versuchten, die Brüche zu durcharbeiten, um an die hinter den Brüchen in zwei Revieren arbeitenden Leute heranzukommen. Nur vereinzelte Leute sind gleich nach der Explosion noch lebend zu Tage gekommen. Es ist mit dem Verlust von über 100 Bergleuten zu rechnen, zumal in dem Betriebe hinter den Brüchen infolge der völlig gestörten Wetterzufuhr die Gase nicht in dem erforderlichen Maße abziehen können. Die Veranlassung zu der Explosion ist noch dunkel. Darüber wird erst Angabe gemacht werden können, wenn die Brüche ausgeräumt sind und die Bergleute Auskunft geben können. Bis heute morgen 4 Uhr waren 30 Tote geborgen, außerdem 8 lebende Bergleute. Nach dem bisherigen Befund hat eine große Anzahl Bergleute den Tod bei der Flucht gefunden. Verschiedene Arbeitsstätten wurden von der Explosion unberührt vorgefunden. Die Kaffeeflaschen der Bergleute standen noch, da sie umgestürzt waren, auf dem Gezähe.

Optanten!

Die Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat teilt uns mit: „Aus verschiedenen Anfragen von Optanten entnehmen wir, daß eine große Anzahl beiderseitiger Optanten, d. h. solche, die sowohl vor den polnischen Behörden als auch vor einem deutschen Konsulat eine Optionserklärung abgegeben haben, der Meinung sind, daß beiderseitige Optanten ihre Option nicht anfechten können. Diese Meinung ist durchaus irrig. Die beiderseitigen Optanten müssen lediglich ihr Gesuch um Ungültigkeitserklärung der Option bei den beiden Stellen, vor denen sie die Optionserklärung abgegeben haben, vorbringen. Bezüglich der Gründe, weswegen die Anfechtung der Option möglich ist, sind sie den einseitigen Optanten vollkommen gleichgestellt.

Im Zusammenhang damit weisen wir noch darauf hin, daß auch diejenigen Personen, welche schon früher einmal ihre Option vergeblich angefochten haben, jetzt erneut einen Anfechtungsantrag einbringen können, da die Wiener Konvention neue Grundlagen dafür geschaffen hat.

Ferner weisen wir wiederum darauf hin, daß gegen die Ablehnung eines Anfechtungsantrages durch die Behörden erster Instanz, d. h. also die Starosten bzw. Stadtpräsidenten der größeren Städte, die Möglichkeit der Berufung an die Wojewodschaft gegeben ist, jedoch nur innerhalb von 14 Tagen nach Empfang der Ablehnung. Diese Frist muß unbedingt innegehalten werden, weil sonst die Entscheidung der ersten Instanz rechtskräftig wird. Gegen eine ablehnende Entscheidung der Wojewodschaft kann innerhalb von 30 Tagen beim Obersten Verwaltungsgericht in Warschau Berufung eingelegt werden. Durch den ablehnenden Bescheid der Starosteien bzw. der Stadtpräsidenten ist also der Anfechtungsantrag nicht endgültig abgelehnt."

Die Agrarreform.

In der Agrarreformkommission beantragte der Abg. Sanojca von der Wyzwolenie, daß die Kommission in der nächsten Sitzung den Gesetzentwurf über die Durchführung der Agrarreform, der seinerzeit von der Wyzwoleniegruppe eingebracht worden war, erörtern solle. Der Minister erklärte, daß der Gesetzentwurf über die Aufteilung und Ansiedlung, auf den der Abg. Sanojca bei der Einbringung seines Antrages hingewiesen hatte, vom Agrarreformministerium bereits ausgearbeitet worden sei und heute, am Donnerstag, vom Ministerrat erörtert würde. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Abg. Sanojca mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmten der Nationale Volksverband mit der Christlichen Demokratie und den Christlich-Nationalen. Die Vertreter der Piasten enthielten sich der Abstimmung.

Die Begründung des Hohen Kommissars in Danzig.

Mac Donell zu seinem Schiedsspruch.

Der Danziger Konflikt mit Polen in der Frage der Postbriefkästen wird noch immer lebhaft kommentiert, und wir haben in unserer gestrigen Zeitung eine polnische Stimme gebracht, die aus Krakau herübertönte und die sehr bedenklicherweise nicht die juristische Auslegung, sondern die politische Wirkung empfohlen hat. Heute liegt vor uns, nach einem Bericht des „Danziger Kurier", die nähere Begründung des Schiedsspruchs des Hohen Völkerbundskommissars Mac Donell.

Von den scharfen Pressestimmen, wie sie zum Beispiel die „Neue Zürcher Zeitung" gebracht hat, wollen wir aus begreiflichen Gründen keine nähere Mitteilung machen. Die Begründung Mac Donells umfaßt 15 Druckseiten. Nachstehend bringen wir einen Auszug aus den wichtigsten Punkten, die der „Danziger Kurier" veröffentlicht hat.

Der alte neue Streitfall.

„Es handelt sich darum, ob der Wirkungsbereich des polnischen Postdienstes sich über die für diesen Dienst zugeteilten Gebäude hinaus erstreckt.

Im Januar 1923 waren die Freie Stadt und der Hohe Kommissar der Ansicht, daß er sich nicht darüber hinaus erstrecke, und die Freie Stadt Danzig setzte das Verfahren zur Regelung dieser Frage in Bewegung. Neue Erwägungen, die die Streitfrage ändern könnten, sind nicht entstanden, sie ist jetzt die gleiche wie damals. Die Verhandlungen zeigten keine Aussicht auf irgend ein Ergebnis, so lange die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen über die Hauptfrage ungelöst blieb. Sie hätte im Jahre 1923 ebenso geregelt werden müssen, wie sie jetzt geregelt werden muß, bevor irgend welche Vereinbarungen auf Grund von Art. 168 des Warschauer Abkommens auch nur angebahnt werden können. Die Lösung hängt von dem Sinn der Entscheidung des Hohen Kommissars vom 25. Mai 1922, von dem Sinn des Art. 150 des Warschauer Abkommens und der Wirkung der ersteren auf den letzteren ab.

Der Fall begann seinen Rechtsgang im Januar 1923 und ist seitdem nicht nur formell, sondern auch tatsächlich stets „sub judice" (noch unentschieden) gewesen. Bis zum 5. Januar 1925 ging von der polnischen Regierung weder bei der Freien Stadt noch bei dem Hohen Kommissar eine endgültige Antwort ein, die gestattet hätte, daß das von der Freien Stadt im Jahre 1923 in Bewegung gesetzte Verfahren seinen normalen Verlauf nahm, oder anderenfalls infolge von Anwendung anderer Mittel zur Beilegung des Streites endgültig eingestellt werden konnte. Selbst wenn man annimmt, daß die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 23. Dezember 1922 nicht rechtskräftig war, und jener Teil seines Schreibens vom 6. Januar 1923, der die endgültige Ansicht des Hohen Kommissars bezüglich der Rechtmäßigkeit der polnischen Ansprüche wiedergab, als nicht rechtskräftig außer acht gelassen werden könnte, liegen mir doch keine Beweisgründe seitens der polnischen Regierung vor, die darlegen, wie ein Streit, über den eine Entscheidung auf Grund von Art. 39 nachgesucht worden ist, seine Lösung durch Anwendung von Maßnahmen finden könnte, deren Rechtmäßigkeit gerade Gegenstand des Streitfalls war.

Ein sehr wichtiges Dokument

in diesem Streitfall ist das Schreiben des Hohen Kommissars vom 6. Januar 1923 nicht nur deshalb, weil es eine Auslegung seiner Entscheidung vom 25. Mai 1922 gibt, sondern auch, weil es der erste Schritt zur Anwendung des Verfahrens des Art. 39 war. Nach Ansicht der polnischen Regierung würde jeder weitere Schritt verfrüht gewesen sein, daher wurde das Verfahren mit stillschweigender Zustimmung des Hohen Kommissars vorübergehend eingestellt, wobei die zu ziehende Schlußfolgerung folgende war: daß, wenn die polnische Regierung eine Entscheidung für überflüssig hielt, weil sie mit der Ansicht der Freien Stadt oder des Hohen Kommissars übereinstimmte, oder fand, daß der Augenblick für eine Entscheidung gekommen sei, weil sie mit der Freien Stadt nicht übereinstimmte, sie in jedem Falle den Hohen Kommissar in angemessener Zeit benachrichtigt hätte. Da das Ersuchen um Entscheidung „sub judice" blieb und die Freie Stadt einer Vertagung auf unbestimmte Zeit nicht zustimmte, bin ich der Meinung, daß eine angemessene Schlußfolgerung, die aus dem Schweigen über diese beiden Punkte gezogen werden muß, die ist, daß die Entscheidung des Hohen Kommissars anerkannt wurde, und daß, wenn dies nicht der Fall war, der Hohe Kommissar in den Besitz des Materials gesetzt worden wäre, das ihn in die Möglichkeit versetzte, ein Abkommen zu vermitteln oder eine Entscheidung zu fällen.

Tatsächlich hat die polnische Regierung den Hohen Kommissar erst zwei Jahre später davon in Kenntnis gesetzt, daß sie diese Entscheidung nicht annimmt, nachdem sie Maßnahmen getroffen hatte, die auf Grund dieser Entscheidung unzulässig gewesen wären, obgleich der unterbreitete Streitpunkt im wesentlichen heute derselbe ist wie damals. Es ergab sich hieraus, daß die Anwendung des Art. 39 bis heute unmöglich gemacht wurde.

Zweitens handelte es sich nicht nur um ein reines „ipso dixit" (selbständige Äußerung), sondern um die Anwendung einer bereits vorhandenen Entscheidung auf eine dem Hohen Kommissar vorliegende Streitfrage; seiner Meinung nach wurde der Streitfall durch die Anwendung jener Entscheidung geregelt. Wenn die polnische Regierung diese Ansicht nicht teilte, wie es anscheinend der Fall war, so konnte sie sich den Folgen der Entscheidung des Hohen Kommissars nicht dadurch entziehen, daß sie sie mit Stillschweigen überging, da nicht behauptet werden kann, daß der Hohe Kommissar für Auslegung seiner eigenen Entscheidungen nicht zuständig ist. Der einzige Weg zur Prüfung der Richtigkeit seiner Auslegung ist der Weg einer Berufung beim Rat des Völkerbundes. Einen anderen gibt es nicht.

Der Hohe Kommissar kommt dann auf den Unterschied zwischen Entscheidung und Begründung zu sprechen. Die polnische Regierung behaupte, daß die Begründung einer Entscheidung nicht bindend sei, und die Auslegung der Entscheidung vom 25. Mai 1922, die in der Entscheidung vom 23. Dezember 1922 gegeben wurde, keine Rechtskraft habe, da die Entscheidung durch ein Abkommen ersetzt wurde. Die Freie Stadt wiederum sieht eine Entscheidung mit ihren Gründen als ein untrennbares Ganzes an, von dem sowohl die Gründe als auch der Wortlaut der Entscheidung selbst bindende Rechtskraft haben. Der Hohe Kommissar hält in formeller Hinsicht den polnischen Standpunkt für richtig, daß die Gründe einer Entscheidung nicht bindend seien, wohl aber, daß sie ein Recht auf Beachtung haben. Die Auslegung einer Entscheidung hingegen, wenn sie auf Ersuchen einer oder beider Parteien gegeben und angenommen werde, sei bindend. Der vorliegende Fall biete ein schlagendes Beispiel dafür, wie gefährlich es sei, eine vom Hohen Kommissar zu einer seiner eigenen Entscheidungen gegebene maßgebende Auslegung unbeachtet zu lassen.

Aus diesen Gründen sei er der Meinung, daß der Hohe Kommissar und die Freie Stadt zu der Annahme berechtigt waren:

1. daß die Auslegung der Entscheidung vom 25. Mai 1922, die in dem Schreiben des Hohen Kommissars vom 6. Januar 1923 gegeben wurde, von der polnischen Regierung angenommen worden ist, nicht weil sie an sich bindend war, sondern weil sie nicht angefochten wurde, und

2. daß nach dem Verlauf einer angemessenen Zeit der dem Hohen Kommissar von der Freien Stadt Danzig auf Grund von Artikel 39 vorgelegte Streitfall seine Regelung auf Grund jenes Verfahrens durch die am 6. Januar 1923 gegebenen Entscheidung gefunden hatte.

Von dem Schreiben des Hohen Kommissars vom 6. Januar 1923 glaubte die polnische Regierung, daß dieses Schreiben sich auf die Entscheidung vom 23. Dezember 1922 bezog, die später durch ein Abkommen ersetzt wurde. Aus einer Reihe von Gründen kommt Mac Donell zu der Auffassung, daß das vorliegende Material gegen eine solche Annahme spricht. Der Hohe Kommissar scheine vielmehr die Entscheidung vom 25. Mai 1922 gemeint zu haben, obgleich er auch an die dazu gegebene Auslegung gedacht haben möge, die in seiner Entscheidung vom 23. Dezember 1922 gegeben wurde; da er aber in seinem Schreiben vom 6. Januar 1923 abermals eine Auslegung gab, wenn auch tatsächlich im gleichen Sinne, so könne diese für sich allein und so wie sie laute, anerkannt werden.

Was den Sinn der Artikel 150 und 151 anbetrifft, so sei klar, daß, da die Freie Stadt im Januar 1923 um eine Entscheidung in der Frage der Erweiterung des Postdienstes, welche die polnische Regierung auf die Artikel 150 und 151 stützt, ersuchte, hier ein Streitfall vorläge und ungefähr schon zwei Jahre bestehe, bei dem es sich darum handle, welcher Art der Umfang des polnischen Postdienstes in der Freien Stadt sei.

Im vorliegenden Falle habe der Hohe Kommissar eine Entscheidung getroffen, die Artikel 150 des Warschauer Abkommens in Berücksichtigung zog. Wenn auf Grund seiner Entscheidung der Umfang des polnischen Postdienstes abweiche von dem Umfang, den er nach Ansicht der polnischen Regierung habe, so bedeute das nicht, daß das Abkommen abgeändert worden sei. Es zeige nur, daß die Meinungen über die Bedeutung des Artikels voneinander abweichen.

Der Hohe Kommissar vergleicht dann die verschiedenen in dieser Angelegenheit bis jetzt vorliegenden Entscheidungen, und zwar die Entscheidung vom 25. Mai 1922 mit den Artikeln 150 und 151 des Warschauer Abkommens, sowie mit der Entscheidung vom 23. Dezember 1922 und dem Schreiben des Hohen Kommissars vom 6. Januar 1923. Er kommt schließlich zu der Auffassung, daß die polnische Auslegung der Artikel 150 und 151 sich nur auf die technischen Seiten des Dienstes beziehen könne; d. h., wenn die Einsammlung von Briefen auf dem Gebiet der Freien Stadt zulässig wäre, auch Briefkästen und Briefträger, die sich damit beschäftigen, erlaubt wären. Aber die Tatsache an sich, daß Briefkästen und Briefträger eine übliche Art postalischer Einrichtungen sind, wie sie in Artikel 150 vorgesehen werden, mache nicht ohne weiteres die Einsammlung von Briefen durch Briefkästen und Briefträger rechtlich zulässig. Mit kurzen Worten: wenn Briefe irgendwo in Danzig eingesammelt werden dürfen, könne jede Einrichtung, gleich, ob es sich um Menschen oder Dinge handle, zu ihrer Bearbeitung verwendet werden; wenn nicht, so sei überhaupt keine derartige Einrichtung zulässig.

Wenn das Abkommen vom 19. April 1923 das Publikum von welche Personen sich dieses Postdienstes bedienen dürfen und mit welchen Sachen er sich befassen darf, so dürften alle Mittel, die zur Bearbeitung dieser Sachen benötigt werden, rechtmäßig angewendet werden. Da Briefe an keiner Stelle außerhalb des Gebäudes oder der Gebäude des polnischen Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienstes im Hafen von Danzig eingesammelt und noch nach einer solchen Stelle bestellt werden dürfen, so dürfen keine Briefkästen, außer an jener Stelle, im Gebiete der Freien Stadt verwendet werden, und wenn keine Briefe eingesammelt und bestellt werden dürfen, so ist auch ein Einsammlungs- und Bestelldienst durch Briefträger ausgeschlossen.

Wenn das Abkommen vom 15. April 1923 das Publikum von der Sichtungsstelle auf dem Bahnhof ausschloß, so scheine klar, daß Briefkästen, die sich über die ganze Stadt Danzig erstrecken, nicht gestattet werden dürfen. Der Wirkungsbereich des polnischen Postdienstes auf Grund der Artikel 150 und 151 sei, soweit die Verwendung von Briefkästen und Briefträgern in Frage komme, sehr deutlich auf das eine Gebäude oder die Gebäude begrenzt worden, die der polnische Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst inne habe.

Der Hohe Kommissar verneint, daß eine Definition des Hafens vom Eisenbahnstandpunkt aus unbedingt auf Postangelegenheiten anzuwenden sei. Ebensowenig wie er unbedingt eine Definition vom Poststandpunkt aus für die Regelung einer Eisenbahn- oder anderen Frage anerkennen würde. — Diese seine ablehnende Ansicht werde dadurch bestärkt, daß die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 15. April 1921, die von der polnischen Regierung als den Hafen von Danzig abgrenzend angeführt wird, tatsächlich überhaupt nicht den Hafen abgrenzt. Sie lege dar, welche Eisenbahnen in erster Linie oder vorwiegend dem Hafen dienen, im Gegensatz zu jenen, die es nicht tun, und umschreibt sie mit einer Linie.

Keine rechtskräftige Definition des „Hafens".

Die Behauptung der polnischen Regierung, die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 15. August 1921 sei eine rechtskräftige Definition des Hafens, bezeichnet der Hohe Kommissar als eine irrige Schlußfolgerung, denn in der Begründung der Berufung gegen die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 23. Dezember 1922, also ungefähr 18 Monate nach der Abgrenzung der Eisenbahnen für den Hafen, habe die polnische Regierung behauptet, daß bisher eine Festlegung der Bedeutung des Ausdrucks „Hafen von Danzig" nirgends zu finden sei.

Der „direkte Schritt".

Was nun die Frage des sogenannten direkten Schrittes anlange, so könne ein solcher direkter Schritt sowohl passiver wie aktiver Art sein. Passiver Art, wenn er die Einräumung eines unbestrittenen Rechtes verweigere, aktiver Art, wenn er zur Durchführung eines bestrittenen Rechtes schreite. Die Einbehaltung des Gebäudes auf dem Heveliusplatz seitens der Freien Stadt sei auch ein direkter Schritt gewesen und habe anscheinend zu den Gründen beigetragen, die die polnische Regierung dazu bestimmten, in dieser Angelegenheit Schritte zu tun. Dies allein schon zeige die Gefahr, die darin liege, direkte Schritte an die Stelle des Verfahrens zu setzen, das in den Verträgen für die Regelung polnisch-Danziger Streitfragen vorgesehen sei."

Mit dieser Feststellung schließt die Entscheidung. Es folgt sodann die bereits bekannte Entscheidung in ihrem von uns schon wiedergegebenen Wortlaut.

Republik Polen.

Angriffe gegen den Innenminister.

In der Sitzung der Haushaltskommission griff der Abg. Prager von den Sozialisten sehr heftig den Innenminister Ratajski wegen des angeblichen Rundschreibens an die Wojewoden in den östlichen Wojewodschaften über die Abgeordnetenversammlungen an. Der Minister erklärte, daß er kein Rundschreiben in Sachen der Versammlungen herausgegeben, sondern nur die Anwendung der Gesetzesvorschriften aufgetragen habe, woraus hervorgehe, daß die gegenwärtig gültigen Gesetze keine Privilegien für die Abgeordneten vorsehen, diese für die Abhaltung von Versammlungen selbst in geschlossenen Lokalen Genehmigungen erlangen müßten. Trotz dieser Erklärung will der Abg. Prager einen Mißtrauensantrag stellen.

Das Konkordat mit Polen.

Die Unterzeichnung des Konkordats zwischen Polen und dem Vatikan fand folgendermaßen statt: Um 6½ Uhr nahmen im Congregationisaale an einem großen Tisch, der mit rotem Tuch bedeckt war der Kardinal Gaspari, Botschafter Skrzyński, der Delegierte der polnischen Regierung, Abg. St. Grabski, Msg. Pizzardo und Borgonaint, der Rat Perlowski, Bischof Szlązek, Prälat Skirmunt und Botschaftssekretär Frankowski Platz. Der Text des Konkordats wurde vom Kardinal Gaspari verlesen. Nach der Verlesung wurde das Konkordat vom Kardinal Gaspari, dem Botschafter Skrzyński und dem Delegierten Grabski unterzeichnet. Nach Anbringung der Siegel auf dem Konkordatsakt begaben sich alle Versammelten zu einer Audienz zum Papst. Zu Beginn wurden nur Kardinal Gaspari, Botschafter Skrzyński und Abg. Grabski empfangen. Darauf wurden um 8 Uhr die übrigen Teilnehmer zur Audienz gebeten. Der Papst erteilte zum Schluß der Audienz ihnen und Polen in seinen Personen seinen Segen. Dem Abgeordneten Grabski überreichte der Papst ein Gedenkskapulier. Der Abgeordnete reist heute aus Rom ab.

Der Text des Konkordats ist noch nicht veröffentlicht worden und seine Einzelheiten sind bisher nicht bekannt. Hinsichtlich des Umfanges des Textes wird gesagt, daß es größer sei als das kürzlich abgeschlossene Konkordat mit Bayern. Es seien ein paar Paragraphen mehr hineingefügt.

Vor der Sejmeröffnung.

Der Seniorenkonvent beriet am Mittwoch über das Programm der Sejmarbeiten und den Gang der Arbeiten in den Kommissionen. Es handelte sich nämlich um die Festsetzung des Tages der nächsten Vollsitzung. Sie wird in der nächsten Woche am Donnerstag, Freitag oder auch Sonnabend stattfinden.

Meliorationen.

In der Kommission für öffentliche Arbeiten wurde beschlossen, einen Kredit von 5 Millionen Zloty für die Führung von Meliorationsarbeiten einzusetzen. Wie verlautet, will das Finanzministerium auf diese Ausgabe nicht eingehen.

Sparsamkeit.

Der Verband polnischer Genossenschaften in Warschau hatte seinerzeit unter seinen Kreditgenossenschaften eine Rundfrage veranstaltet, auf die er bis zum Februar d. Js. 60 Antworten erhielt. Nach der Aufstellung betrugen die Spareinlagen in diesen Genossenschaften im Jahre 1924 (in Klammern die prozentuale Zunahme der Einnahmen im Vergleich zum Vorquartal): 1. Januar 58.2111,46, 1. April 444.652,27 (668,8), 1. Juli 1.268.788,87 (183,0), 1. Oktober 1.658.693,53 (30,7) und 1. Januar 1925 2.676.274,22 (61,3). Die Ziffern, die Summen der Einlagen bezeichnen, sind ein Beitrag zur Spartätigkeit der Bevölkerung.

Autounfall des Fürstbischofs Sapieha.

Aus Krakau wird gemeldet, daß der Krakauer Fürstbischof Sapieha einen Automobilunfall erlitt, und zwar auf der Fahrt von Krakau nach Wadowice. Im Augenblick, als das Auto abwärts fuhr, versagte die Bremse und das Auto stürzte um. Der Unfall hatte zum Glück keine ernsten Folgen. Die Insassen trugen nur leichte Körperverletzungen davon. Der Senator Lewandowski, der an der Unglücksstätte vorbeifuhr, brachte den Fürstbischof mit Kaplan und Chauffeur nach Krakau zurück.

Noch nicht!

Wie der „Expreß Poranny" meldet, ist die Abreise des Generals Sosnkowski nach Genf, wo er Polen in der Abrüstungskommission des Völkerbundes repräsentieren sollte, nicht zustande gekommen. Die polnische Regierung konnte mit dem Sekretariat des Völkerbundes nicht den Charakter des Vertreters Polens festlegen. Da sich die Angelegenheit der Abrüstungskommission im Vorbereitungsstadium befindet, enthalte sich die polnische Regierung vorläufig der Absendung eines Delegierten.

Kein Zentrum — keine Zersplitterung.

Der Vorsitzende des Parlamentsklubs der Nationalen Arbeiterpartei, Abg. Popiel, hat Berichterstattern im Sejm folgende Erklärung erteilt: „Seit längerer Zeit wird die polnische Presse durch Gerüchte über die verschiedensten Parteikombinationen im Sejm und die Teilnahme des Klubs der Nationalen Arbeiterpartei an ihnen alarmiert. Letztens ist die öffentliche Meinung über die Bildung eines Zentrums unter der Beteiligung der Nationalen Arbeiterpartei neben der Christlichen Demokratie und der Piastenpartei und über Verhandlungen, die in dieser Angelegenheit Vertreter der Nationalen Arbeiterpartei mit den Abgeordneten Korfanty und Witos geführt haben sollen, „informiert" worden. Diese Informationen wurden ergänzt durch Gerüchte über eine angebliche Zersplitterung, die im Parlamentsklub der Nationalen Arbeiterpartei zwischen den großpolnischen Abgeordneten und den Abgeordneten aus Kongreßpolen entstanden sein sollten. **Angesichts dieser Gerüchte will ich ganz kategorisch feststellen, daß in ihnen nicht ein Wort Wahrheit steckt.** Niemand von den Faktoren in der Nationalen Arbeiterpartei, die für die Parteipolitik verantwortlich sind, führt irgend welche Verhandlungen, die die Bildung einer neuen Parlamentskombination unter Teilnahme der Nationalen Arbeiterpartei betreffen. Unwahr sind auch alle Gerüchte über Zwiespältigkeiten im Parlamentsklub der Nationalen Arbeiterpartei hinsichtlich der Taktik des Klubs und seines Verhältnisses zu den Sejmgruppen. Im Gegenteil, der Klub ist ganz solidarisch in dem Streben nach der Betreibung einer selbständigen Parlamentspolitik, die sich ausschließlich auf das Programm der Nationalen Arbeiterpartei und die Interessen der von ihr vertretenen arbeitenden Klasse stützt."

Die Grenzüberschreitung im Osten.

Nach einer Sondermeldung des „Kurjer Poznański" wird im Ministerrat der Gesetzentwurf über die Ostgrenzen eingebracht. Es handelt sich hierbei besonders um einen Grenzstreifen von einer Breite von 20 Kilometern in den Ostmarken, deren Bevölkerung Erleichterungen bei der Überschreitung verlangen soll. Das Projekt soll im Einvernehmen mit der Sowjetgesandtschaft ausgearbeitet werden.

Der nationale Sternenhimmel.

Auf Betreiben der polnischen Akademie der Wissenschaften fand in Krakau eine Versammlung von Professoren der Astronomie auf polnischen Universitäten zwecks Bildung eines nationalen Astronomiekomitees bei der Akademie der Wissenschaften statt. Zum Vorsitzenden des genannten Komitees wurde Professor T. Banachiewicz aus Krakau, zu Vizevorsitzenden die Professoren Wł. Dziewulski aus Wilna und M. Ernst aus Lemberg, zum Sekretär Professor M. Kamiński aus Warschau gewählt. Das Komitee beschloß, zu beantragen, daß die Angelegenheit der Einführung einer „neuen astronomischen Ära" auf dem diesjährigen internationalen astronomischen Kongreß in Cambridge zur Beratung kommt.

Die Freiheit der polnischen Arbeiter in Frankreich.

Eine Sondermeldung des „Kurjer Poznański" aus Warschau meldet: In der Dienstagsitzung der Kommission für Arbeitsschutz sprach Geistl. Rektor Szymbor aus Paris über die polnische Emigration in Frankreich. Nach seinen Ausführungen droht dieser Emigration die große Gefahr der Entnationalisierung. Angesichts dessen ist religiöse und kulturelle Hilfe für die polnische Emigration notwendig. Das Wesen der Gefahr beruht darin, daß die Polen französischen Berufsverbänden angehören, während die französischen Industriekreise die Bildung polnischer Berufsverbände befürchten und in dieser Befürchtung die Auswanderung aus Polen hemmen wollen. Das französische Arbeitsministerium sucht gegenwärtig 100 000 Arbeiter in Tschechien und 200 000 Arbeiter in Ungarn.

Hineinwachsen.

Die „Gazeta Warszawska" veröffentlicht eine Unterredung mit dem französischen Großindustriellen und früheren Minister Loucheur, der erklärte, daß Polen tiefer in das Wirtschaftsleben Europas hineinwachsen müsse. Als Land, das produziert und verarbeitet, dürfe es nicht jenseits der Organisationen bleiben, die in nächster Zukunft durch internationale Verträge die intereuropäische Produktion regeln und der durch den Krieg auf dem Gebiete des Austauschs hervorgerufenen Verwirrung ein Ende setzen dürfte. Frankreich werde Polen mit voller Kraft dabei helfen, daß es den Platz einnimmt, der ihm gebühre.

Zwei Seelen wohnen ach in meiner Brust.

Das Antlitz von Europa.

Das Konkordat zwischen Polen und dem heiligen Stuhl ist abgeschlossen, und es wird jetzt in der polnischen Presse eine Debatte stattfinden, die diese Frage gründlich beleuchtet. Eine Pressestimme kommt von der Seite der Linken, vom „Kurjer Poranny", der einmal beinahe sozialistisch, auf alle Fälle ziemlich stark demokratisch denkt, und der auf der anderen Seite so chauvinistisch und unsachlich sein kann, wie es meist der „Kurjer Poznański" ist. Ein klassisches Beispiel für die zwei Seelen, die in dieser Brust wohnen, bringt der letzte Artikel, der die Überschrift trägt: „Polen, der Staat, der Europa die Physiognomie gibt." Dem „Kurj. Por." ist da ein Wort eines französischen Abgeordneten sehr in den Kopf gestiegen, und nun wendet er sich leutselig und still verklärt lächelnd nach dem Westen, um halb gekränkt, halb befriedigt zu sagen: „Ich habe es Euch doch gleich gesagt!" Der Artikel ist doppelt lehrreich. Er zeigt auf der einen Seite ganz klar die feindliche Einstellung den Deutschen gegenüber; er zeigt, daß in vielen wichtigen Fragen sein Urteil von keiner Sachkenntnis getrübt ist — und daß auf der anderen Seite wieder die Forderung aufgestellt wird, daß die Toleranz in Polen das oberste Gesetz zu sein hat. Es wird sich die Möglichkeit finden, gelegentlich auf diesen Artikel zurückzukommen. Auch auf die Zwiespältigkeit und die Behauptungen, die bekanntlich keinerlei Beweise sind. Für heute soll der Artikel als solcher wirken. Mag er zeigen, wie doppelsinnig manche Köpfe bei uns in Polen denken, und mag er Mitleid erregen auf der anderen Seite, über die übliche Art, immer die Schuld bei den anderen und niemals in der eigenen Brust zu suchen. (Redaktion des „Pos. Tagebl.")

Der „Kurjer Poranny" schreibt:

„In der großen Diskussion, die die Gemüter in Frankreich entfacht, in der Diskussion über die offiziellen Beziehungen der französischen Republik zum Vatikan, hat sich einer der hervorragenden Publizisten des Lagers der Rechten, René Pinon, in seiner letzten „Revue des deux mondes" auf Polen berufen. Der Zusammenhang, in dem er dies tat, ist so bedeutsam, daß, obwohl die Sache sehr heikle Probleme betrifft, man doch unmöglich darüber zur Tagesordnung übergehen kann, um so weniger, als die französische politische Publizistik uns in der letzten Zeit entwöhnt hat, in ihr Zeugnisse zu suchen für allzu lebhaftes Interesse für die Bedeutung Polens im internationalen Leben Europas.

Pinon schreibt: Ob es jemand freut oder betrübt, — der Sieg der Alliierten im letzten Kriege ist ein Erfolg für den Katholizismus. Es genügt, um dies nachzuweisen, wenn man die Ressurektion Polens feststellt, das dem neuen Europa die Physiognomie gibt. Es verschwand das große lutheranische Imperium, dessen „höchster Bischof" Wilhelm II. zu sein sich rühmte. Es verschwand das große orthodoxe Imperium, dessen politischer und relegiöser Chef der Zar war. Und aus den Ruinen des großen katholischen Imperiums Österreich-Ungarn, das ebenfalls verschwand, wurden Staaten geboren oder vergrößert, die voller Jugend und Lebenskraft ihre gläubigen Hände nach Frankreich ausstrecken und mit dem heiligen Stuhl Konkordate abschließen.

Angenehm ist es für Polen, zu hören, daß es eben dem neuen Europa die Physiognomie gibt. Nichtsdestoweniger kann man unmöglich eine gewisse Verwunderung wegen dieser Ehre verbergen, die uns recht unerwartet trifft, und das gerade im Zusammenhang mit dem inneren Hader zwischen dem katholischen Lager und dem Lager der Freimaurer in Frankreich. Bisher haben wir uns schon daran gewöhnt, daß diese beiden Lager der Wiedergeburt des tschechoslowakischen Staates, dessen hussitische Vergangenheit und heutiger katholischer Charakter nur zu deutlich sind, ein größeres Gewicht beizumessen schienen, als der Wiedergeburt Polens. Der freimaurerische Herr Benesch erfreute sich sogar bei Rechtsorganen der französischen Meinung größerer Gunst als die klerikalsten polnischen Außenminister.

Die Botschafterkonferenz und der Völkerbund, in denen Frankreich eine so große Rolle spielt, bezeigten und bezeigen bis auf den heutigen Tag Polen gegenüber so viel Geringschätzung und Ungunst, daß wir uns während des Krieges mit den Sowjets vereinsamt vorfanden, daß wir um die Festlegung der Grenzen Polens, die durch den Rigaer Vertrag gesteckt waren, mühevoll zwei Jahre ringen mußten, daß wir in der oberschlesischen Frage nur halbe Gerechtigkeit (!) fanden, daß wir die Wilnaer Frage gegen die Meinung des Völkerbundes selbst lösen mußten, daß man uns zugunsten der Tschechoslowakei in empörender Weise benachteiligte, daß man die Deutschen Danzigs zum Größenwahn brachte, der an eine Demütigung Polens heranreichte, daß man über den germanischen Kolonisten und Kulturträgern im früheren preußischen Teilgebiet die rührendste Fürsorge entfaltete, daß man die Fürsorge auf die antipolnischen Minderheiten ausdehnte und daß man uns einen Platz im Völkerbundsrat absprach, der für Herrn Benesch reserviert war!

Der Staat, der „dem neuen Europa die Physiognomie gibt", ein Staat, der territoriell größer ist als Großbritannien und Italien, der durch seine Bevölkerungszahl Spanien übertrifft, ein Staat, dessen Heer ohne jede Hilfe von außen die Zivilisation Europas vor einer neuen Überschwemmung schützte, schlimmer als die Überschwemmung durch Attila und Dschingis Chan, wurde ganze sechs Jahre seines Bestehens hindurch bis zu dem Maße als quantité negligeable behandelt, daß man, wie die frischen Beispiele der Methoden Mac Donells in Danzig lehren, ihm gegenüber in den Beziehungen nicht einmal die primitivsten Rücksichten in der Anerkennung der Pflichten der internationalen Courtoisie bezeigt. Dieser Stand der Dinge war so kraß, daß wir uns manchmal selbst fragten, wo denn die Quelle des Hasses und der Kühle sei, die wir auf Schritt und Tritt in jeder Angelegenheit antrafen, in der wir schon gar nicht mehr auf Unterstützung, sondern nur auf die Gerechtigkeit der Faktoren Europas rechneten.

Die These René Pinons, daß der Krieg ein Erfolg des Katholizismus im Zusammenstoß mit anderen christlichen Bekenntnissen war, ist eine These, die nicht umhin kann, mit der bestimmten Kraft zu treffen, mit der sie aufgestellt wurde. Die Historiker, die über den Standpunkt des Vatikans im Laufe der vier Kriegsjahre schreiben und schreiben werden, werden, wenn sie diese These annehmen sollten, die recht schwierige Aufgabe haben, wie die Politik des vorigen Papstes gegenüber den beiden kämpfenden Parteien zu erklären sei. Es ist allgemein bekannt, daß diese Politik eher die Mittelmächte unterstützte, als die Entente. Sie unterstützte sie mit Rücksicht auf das katholische Österreich-Ungarn und das mächtige katholische Zentrum in Deutschland und angesichts der Tatsache, daß auf der anderen Seite das dem Katholizismus abgeneigte britische Imperium und das ihm geradezu feindliche zaristische Imperium stand. Die französische Republik wurde trotz des Bundes ihrer Bevölkerung mit dem Katholizismus von freimaurerischen und liberalen Staatsmännern gelenkt. Die Partei, die politisch dem Einfluß des Vatikans unterlag, war unermeßlich schwach.

Der Sturz des protestantischen deutschen Imperiums und des orthodoxen Zarats als Ausgang des Krieges hat zweifellos zwei zuvor starke politische Faktoren, die sich dem Vatikan und dessen religiösen Einfluß entgegenstellten, vernichtet. (!) An die Stelle des Zarats trat aber ein noch verbissenerer Feind des Katholizismus in den von antireligiösem Fanatismus vertierten Sowjets. In Deutschland aber wurde die Bedeutung des katholischen Zentrums weit schwächer, als sie es vor dem Kriege war. Die Religion des deutschen Nationalismus bemächtigte sich der Bevölkerung bis zu dem Grade, daß der Einfluß der Kirche machtloser wurde, als er jemals in deutschen Ländern war.

Unter den Staaten, die das Erbe Österreich-Ungarns unter sich teilten, kann man die Tschechoslowakei nicht zu den katholischen Staaten rechnen. Südslawien und Rumänien sind vom östlichen Ritus beherrscht. In Frankreich sind unter dem Einfluß der Siegesstimmung und dank der Geistlichkeit, die ihre patriotische Rolle prächtig erfüllte, die politischen Sympathien für den Vatikan gestiegen. Die letzten Wahlen gaben jedoch dem freimaurerischen Lager, das einen übermächtigen Einfluß des Klerus im öffentlichen Leben des Staats fürchtete, die Mehrheit.

Die gegenwärtige französische Regierung hat, ihren Wahlverpflichtungen getreu, in manifestationeller Weise ihre Botschaft im Vatikan aufgehoben. Das bedauern viele freimaurerischen Politiker. Aristides Briand hatte zweifellos viel Recht auf seiner Seite, als er erklärte, daß man mit der Meinung und dem Gewissen der Katholiken rechnen müsse, die Freunde der Republik und der Demokratie seien, und die keine herausfordernde Politik treiben wollen, und daß es schlecht sei, sie zum Kampfe mit dem Staate zu zwingen. Er hatte zweifellos viel Recht, wenn er darauf hinwies, daß sogar nichtkatholische Staaten den diplomatischen Beziehungen zum Vatikan Bedeutung beimessen, und daß sogar die Sowjets, wenn es der Vatikan zuließe, dorthin ihren Vertreter entsenden würden. Er hatte viel Recht, als er die Überzeugung äußerte, daß Frankreich bei dem Bruch mit dem Vatikan mehr einbüße als der Vatikan. Die Argumente Briands überzeugten jedoch die Mehrheit nicht. Das offizielle Frankreich betonte seinen Antikatholizismus in möglichst greller Weise.

Das wird die Lage der Staaten, die ihren katholischen Charakter weder aufgeben könnten, noch wollen, nicht verbessern. Zu diesen Staaten gehört eben Polen. Um so mehr jedoch müssen die für die Gewalt in Polen verantwortlichen Faktoren dafür sorgen, daß es nicht zu einem Instrument der klerikalen Politik im inneren Leben gemacht wird. Das wäre ein Weg zu vielen Unglücksfällen angesichts der steigenden Antagonismen, die sich auf diesem Boden in der jetzigen Welt entwickeln. Der gegenwärtige Stand der Dinge in Frankreich sollte für uns eine ernste Mahnung sein. Wir haben zu viel innere und äußere Schwierigkeiten, als daß wir sie noch durch einen ähnlichen Kampf komplizieren sollten, wie ihn die Rechte und die Linke in Frankreich führen.

Wenn wir dem neuen Europa die Physiognomie geben sollen, dann mag es die **Physiognomie ernster, ruhiger und reifer religiöser Toleranz und des Konfessionsfriedens sein, nicht aber des Fanatismus und des Haders.** Wenn der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig Polen beleidigt (!) und ihm durch seinen antikatholischen Fanatismus und die protestantische Solidarität mit dem preußischen Lutheranertum nahetritt, — dann fordern wir energisch, daß die Funktionäre des Völkerbundes aus der Mitte von Männern mit genügend hoher Geistesstufe gewählt werden, damit sie sich über die Psychologie des John of Stogumber aus dem Drama Bernard Shaws „Die heilige Johanna" erheben können.

Wir sollen uns nicht nur, weder von den Mac Donells noch von den französischen Männern der Rechten auf den Posten irgend einer Bastion im Kampfe der Kirchen und Konfessionen sowie religiösen und antireligiösen Leidenschaften drängen lassen, sondern im Gegenteil legen wir den größten Nachdruck darauf, daß unser Katholizismus und unsere guten Beziehungen zum Vatikan uns nicht daran hindern, ein weltlicher Staat zu sein, **der alle Gewissen, Bekenntnisse und Überzeugungen in Fragen des Verhältnisses der Menschheit zu den Problemen der Religion und der Philosophie schätzt. Das allein kann uns den schwierigen Standpunkt erleichtern, den uns das Los der Geschichte bestimmt hat.**

Doch ist zu befürchten, daß sich unsere Staatsmänner nicht sehr davon Rechenschaft ablegen. Die Regierung, die beim Vatikan einen unserer hervorragendsten Diplomaten hat, schickte zu den Konkordatsverhandlungen einen der stumpfesten Fanatiker unserer Sejmrechten und hüllt die Verhandlungen in undurchdringliches Geheimnis. Und was noch mehr ist: Sobald diese Verhandlungen zu Ende gehen, wird die Rechte darauf bestehen, daß das Kultusministerium eben dieser Persönlichkeit anvertraut wird, die für diesen Posten in jeder Hinsicht die ungeeignetste ist. Sehr sorgen muß man sich um diese Physiognomie, welche die Leuchte des Nationalen Volksverbandes, Herr Stanisław Grabski, dem neuen Europa unter Verwendung Polens als Werkzeug zu geben gedenkt."

Der Tscheka-Prozeß in Leipzig.

Der Angeklagte Neumann ist der Hauptzeuge in diesem Prozeß. Die Vernehmung des Angeklagten Neumann erfolgte noch am späten Nachmittag und sie wurde am nächsten Vormittag fortgesetzt. Diese Vernehmung bringt die Bank der Angeklagten und deren Verteidiger in andauernde Erregung. Neumanns Aussagen in der Voruntersuchung sind die Grundlage für die Anklage gewesen. Die K. P. D. behauptet nunmehr, daß Neumann ein Spitzel gewesen sei und sie ihn darum aus der Partei ausgeschlossen hat.

Neumann erhielt darum auch keinen Verteidiger gestellt, so daß ein Offizialverteidiger aus der Leipziger Rechtsanwaltschaft ernannt werden mußte. Neumann belastet alle Angeklagten ganz außerordentlich schwer. Die Verteidigung hat das Interesse, diese Aussagen als unwahr hinzustellen. Die Verteidiger der anderen Angeklagten versuchen den Beweis zu führen, daß Neumann geisteskrank sei. Neumann ist angeblich schon im Irrenhaus gewesen, und seine Familie soll erblich belastet sein. Der Berliner Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Theil, der Neumann untersucht hat, konnte keine Geisteskrankheit feststellen. Er hat Neumann nicht als minderwertig zu bezeichnen vermocht, sondern ihn ausdrücklich für im Vollbesitz der geistigen Fähigkeiten erklärt. Es soll noch ein weiterer Sachverständiger vernommen werden. Das Gericht lehnte jedoch ab, und Neumann begann mit seinen Aussagen.

Die Bekundungen, die der wenig ansehnliche kleine Mann machte, geschahen in gewählter Sprache und klar. Die präzisen Aussagen über die Organisation der Kommunisten bringen logische, vollkommen glaubhafte Einzelheiten über den Aufbau dieser mit so großem Raffinement errichteten revolutionären Gruppe.

Auf Veranlassung des Präsidenten Niedner gibt Neumann noch einmal über Einzelheiten der revolutionären Organisation Auskunft und auch darüber, welche Rolle der Angeklagte Skobo-

---

Die Mutter.

Roman von Lola Stein.

(54. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Furchtbares," sagte er wieder mit derselben klanglosen Stimme. „Erziehen konnten wir uns wohl nur gegenseitig. Nur die Ehe, nur das Leben selbst kann Uschi erziehen. Nicht Du und nicht sonst irgendein Mensch. Aber ich will genau wissen, was Ihr gesprochen habt."

Ellen wiederholte die Worte, so gut sie sie noch wußte. Udo nickte schwer vor sich hin.

„Sie glaubte sich verraten von mir, weil ich mit Ruth gegen ihre ausdrückliche Bitte ging. Es war ein Unrecht, jetzt sehe ich es ein, aber es war kein Verrat. Seit ich Uschi kenne, habe ich mit keinem Gedanken an eine andere Frau gedacht. Das hätte sie fühlen und wissen müssen. Dann, als ich gegangen war und sie unglücklich zurückließ, kamst Du. Überschüttetest sie mit Vorwürfen, so daß sie sich schließlich überflüssig fühlte und ging. Aber, daß sie das tun konnte, daß sie von mir gehen konnte, das begreife ich nicht. Liebt eine Frau einen Mann, die das kann? Liebt sie mich nicht mehr?"

Ellen saß tief erschüttert an seiner Seite. „Udo, sie liebt Dich, wie Du sie. Ein unseliges Mißverständnis, nein, eine ganze Kette von Mißverständnissen, von falschen Empfindungen hat hier einen Konflikt geschaffen, der in Wahrheit gar nicht vorhanden ist. Denn Ihr liebt Euch. Daß es aber soweit kam, daran trage ich die Schuld. Denn nie, nie soll sich ein dritter Mensch in die Angelegenheiten eines Ehepaares mischen. Das war mein Prinzip von Anfang Deiner Ehe an. Aber ich habe es nicht gehalten. Und bin schließlich schuldig geworden an Euch beiden."

Er widersprach ihr nicht. Er wußte ja mehr als die Mutter. Wußte, wie sehr Uschi unter dem Gefühl gelitten hatte, hier im Hause entbehrlich, nutzlos zu sein.

Eine furchtbare Apathie nach all den Erregungen dieses ereignisreichen Tages überkam ihn. Er lag ganz still, mit einem so schrecklichen Ausdruck von Gram und Verzweiflung, daß Ellen sich maßlos ängstigte.

Erst den dringenden Bitten Ellens willfahrte Udo und erhob sich, um zur Ruhe zu gehen. Als sie ihm wieder und wieder begreiflich machte, daß er heute doch nichts mehr unternehmen konnte, daß er warten mußte bis zum andern Tage, raffte er sich auf.

Aber sein Knie schmerzte ihn jetzt so sehr bei jeder Bewegung, daß er sich auf die Mutter stützen mußte, um ins Schlafzimmer zu gehen. Er nahm sich furchtbar zusammen, um Ellen nicht zu ängstigen, aber er ließ sich doch von ihr beim Entkleiden helfen, da er selbst es kaum noch vermochte.

Sie brachte ihm einen Umschlag, deckte ihn zu, umsorgte ihn wie in früheren Zeiten, als er noch ein kleiner Junge war. Und bei alledem saß in ihrer Kehle ein Würgen, und sie bezwang nur mit Mühe ihre Tränen, wenn sie in Udos versteinertes, seltsam verändertes Gesicht sah.

„Morgen holst Du sie Dir heim," entgegnete Ellen. ihn. Er sagte leise:

„Morgen reise ich Uschi nach. Es muß zur Klarheit kommen zwischen uns — so oder so."

„Morgen holst Du sie Dir heim," entgegnete Ellen. „Es gibt nichts Unklares zwischen Euch. Alles ist mit wenigen Worten wieder gut, wenn Ihr Euch nur erst wiederhabt."

„Hoffentlich," murmelte er, „hoffentlich hast Du recht." Aber seine Mienen blieben düster und von einer verzweifelten Traurigkeit.

XXV.

Es kam anders am nächsten Tag. Udo konnte überhaupt nicht aufstehen. Er konnte das Bein nicht gebrauchen. Jede Bewegung verursachte ihm unerträgliche Schmerzen.

Die erschrockene Ellen telephonierte sofort an einen befreundeten jungen Arzt. Dr. Kähler stellte einen Bluterguß im Knie, Knochenhautquetschung und eine Bänderzerreißung fest.

„Eine langwierige Sache," sagte er. „Auf zwei Wochen müssen Sie sich mindestens gefaßt machen, lieber Holst."

Dazu kam, daß Udo in heftigem Fieber lag, das nicht von dem Fall herrührte, das eine Folge der Aufregungen war.

„Umschläge und äußerste Ruhe, weiter können wir heute nichts tun," verordnete der Arzt. „Dann wird das Fieber schnell fallen, und wir müssen weiter sehen."

Aber Udo war nicht ruhig. Und es lag nicht in Ellens Macht, ihm die Seelenruhe zu verschaffen, die er brauchte, um zu genesen.

Hede rief an. Was denn gestern gewesen wäre, was man von ihr gewollt habe? Und Ellen mußte ihr nun gestehen, so schrecklich es ihr war, daß es Streit zwischen Udo, Uschi und ihr gegeben habe, und daß Uschi nach Hamburg gefahren sei.

Die junge Frau war ganz entsetzt. Sie kam eine Stunde später und saß bei der tieferschütterten, ganz und gar fassungslosen Ellen.

„Dieser Streich sieht unserem Tollkopf ähnlich," sagte Hede ärgerlich. „Mein Gott, man läuft doch um einen Zank nicht gleich fort. Was soll nun geschehen, liebste Frau Ellen?"

„Udo wollte heute reisen, aber nun kann er sich nicht bewegen. Ich weiß nicht, was werden soll."

„Soll ich telephonieren?" fragte Hede.

Aber Ellen wagte jetzt nichts ohne Udos Erlaubnis zu tun, denn sie wollte nicht noch mehr verderben. Und Udo ließ Hede bestellen, daß kein Dritter etwas ausrichten könne und solle, alles könne nur zwischen Uschi und ihm geklärt werden. Er wollte die Schwägerin auch nicht sehen, keinen Menschen wollte er sehen, man sollte ihn in Ruhe lassen.

Hede ging traurig fort, Ellen blieb traurig zurück. Es war schrecklich leer und still im Hause. Udo lag regungslos in den Kissen, verweigerte jede Nahrung, gab keine Antwort auf alle Fragen, die sie an ihn richtete. Grübelte nur immer mit einem finsteren Ausdruck vor sich hin. Er konnte Uschis Handlungsweise nicht verstehen.

(Fortsetzung folgt.)

lew dabei gespielt hat. Neumann erzählt, daß Skobolew Mitglied des revolutionären Komitees war, des Komitees, das die Bewaffnung der Massen vorzubereiten und durchzuführen hatte. Er sollte auch die Sicherung der Ernährung übernehmen, die Zusammenstellung von Nachrichten, die Zersetzung der Reichswehr und der Schupo. Die Waffen sollten durch Ankauf besorgt werden, die Gelder kamen von Rußland. Neumann selbst hat aus der russischen Botschaft Gelder geholt.

Waffenkäufe für russisches Geld.

Präsident Niedner: „Auf welche Weise wurde das Geld ausgegeben?"

Neumann: „Wir bekamen Anweisung vom Landtagsabgeordneten Piek. Es wurde in amerikanischen Dollars ausgezahlt. Meiner Meinung nach sind etwa 50 000 Dollar von der russischen Botschaft entnommen worden. Ich selbst habe 35 000 Dollar von der Kasse der russischen Botschaft geholt. Aber andere Mitglieder des revolutionären Komitees hatten noch andere Gelder zur Verfügung. Ich weiß, daß ein Karl Chemnitz, das ist ein Deckname, den richtigen Namen des Mannes kenne ich nicht, 15 000 Dollar zum Ankauf von Waffen erhalten hat. Karl Chemnitz soll Redakteur in der Provinz gewesen sein. Er hatte auch mit Stahlheimer enge Fühlung."

Präsident: „Ist Ihnen bekannt, daß in Suhl-Mehlis viele Waffenkäufe vorgenommen worden sind?"

Neumann: „Ja, aber ich weiß nicht, wer die Verkäufer waren. Ankäufer war Oberlehrer Nikolaus Pfaff, der später unter dem Decknamen eines Dr. Winkler gegangen ist. Auch der ehemalige Staatsrat von Thüringen, jetzige Reichstagsabgeordnete Dr. Neubauer, hat Gelder von der Zentrale der Kommunistischen Partei erhalten, um Waffen anzukaufen."

Präsident: „Ein Fabrikant Quenz in Zella-Mehlis soll Waffen verkauft haben. Haben Sie nicht den Auftrag bekommen, diesen Mann zu beseitigen?"

Neumann: „Jawohl. Er hatte Gelder unterschlagen, und ich habe dann den Auftrag erhalten, ihn zu töten."

Ein geplanter Marsch nach Berlin.

Über seine Mission in Dresden befragt, erzählt Neumann, Koenen sei beauftragt worden, mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei Verhandlungen über einen gemeinsamen Dienst einzuleiten. Aber die Bemühungen Koenens haben sich nicht so gestaltet, wie die Zentrale es verlangte. Eine Sitzung in Berlin wurde anberaumt, damit alle Mitglieder des revolutionären Komitees die geschaffene Lage besprechen konnten. Diese Sitzung hat bei dem Arzt Dr. Klauber in der Kaiserallee in Berlin stattgefunden. An Hand einer großen Karte sind die Maßnahmen besprochen worden, die die militärischen Leiter der Oberbezirke vornehmen sollen. Hellmuth (Skloblewski) entwickelte den Plan. Alle militärischen Verbände der Parteien sollten geschlossen nach Berlin marschieren. Vorher sollte noch eine Umgruppierung erfolgen. Die Sechser- und Zwölfergruppen sollten beseitigt werden und Achtergruppen gebildet werden, wie man es vom Militär her gewöhnt war. Die ganze Sitzung dauerte bis nachts 1 Uhr, wo ein Teil der Teilnehmer die Wohnung verließ.

Präsident: „Wann sollte der Vormarsch nach Berlin angetreten werden?"

Neumann: „Das hing von der politischen Situation ab, aber vorläufig sollte von den Oberbezirken alles mobil gemacht werden. Die Regimenter, Bataillone, Hundertschaften sollten vollständig militarisiert werden. Die Beseitigung der Reichswehr sollte erfolgen."

(Die Verhandlung dauert an.)

Aus Stadt und Land.

Posen, den 12. Februar.

Verschiebung des Abgabetermins für die Einkommensteuererklärungen.

Die Steuerberatungsstelle der „Labura" T. z o. p., Poznań, Wały Leszczyńskiego 2 (fr. Kaiserring), bittet uns mitzuteilen, daß einer amtlichen Verfügung zufolge, der Abgabetermin der Einkommensteuererklärung, der entsprechend den Vorschriften des Artikels 49 des Einkommensteuergesetzes für physische Personen auf den 1. März und für juristische Personen auf den 1. Mai des jeweiligen Steuerjahres festgesetzt ist, vorläufig auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Die Veranlassung hierzu bilden wichtige Veränderungen des Einkommensteuergesetzes, die in einer Novelle dem Sejm vorliegen und von diesem zurzeit beraten werden. Nachdem diese dringliche Vorlage vom Sejm verabschiedet ist und Gesetzeskraft erhalten hat, werden die hierfür zuständigen Behörden den Abgabetermin der Einkommensteuererklärung sowie event. die Zahlungstermine öffentlich bekanntgeben.

Ausweisung zweier evangelischen Geistlichen.

Die Ausweisung der beiden Pastoren Bertheau-Wollstein und Löffler-Rakwitz ist nun endgültig Tatsache geworden. Bis zum 14. Februar nachts 12 Uhr haben beide das Gebiet der polnischen Republik zu verlassen. Hierzu finden sich im „Liss. Tagebl." u. a. folgende zutreffende Ausführungen:

Mit tiefem Schmerz sehen beide Gemeinden ihre Seelsorger scheiden, die in schwerer Zeit herberufen, ihre ganze Kraft in den Dienst dieser Gemeinden stellten, und in einer Zeit, in der vielfach religiösen und kirchlichen Fragen mit Gleichgültigkeit begegnet wird, in ihren Gemeinden nicht nur keine Gleichgültigkeit aufkommen ließen, sondern im Gegenteil regstes kirchliches Leben weckten und förderten. Viel verheißungsvolle Arbeit, die zum Teil noch in Anfängen steckt, findet nun einen jähen Abschluß. Ganz gewiß nicht zum Vorteil unseres Staates, der die Ausweisungen verfügt hat. Man hat beiden Geistlichen politische Betätigung vorgeworfen. Leider hat man die Beweise dafür seitens der zuständigen Stellen weder veröffentlicht, noch auch den zuständigen kirchlichen Vertretern irgendwie genannt. Die Eingaben der kirchlichen Körperschaften in beiden Gemeinden an den Herrn Wojewoden wurden mit einer Fristverlängerung, sonst überhaupt nicht beantwortet, die der ganzen Gemeinden mit den Unterschriften von fast allen volljährigen Gemeindegliedern an das Ministerium in Warschau wurden ohne Angabe von Gründen zurückgewiesen.

X **Die Stadtverordnetensitzung**, die für gestern angesagt war, hat aus nicht angegebenen Gründen nicht stattgefunden.

s. **Todesfall.** Gestorben ist in Berlin, wo er sich in Kur befand, am 9. d. Mts. der Propst Albert Betzer aus Bentschen im Alter von 53 Jahren.

s. **Auszeichnung.** Dem Propst Józef Szydziński in Culmsee ist das silberne Verdienstkreuz verliehen worden.

s. **Von der Universität.** Die Ärzteprüfung haben bestanden: Józef Czyżak aus Brzyskorzystowko, Alojzy Popiółkowski aus Elganowo und Rudolf Markoton aus Michałkowic.

* **Graudenz**, 11. Februar. Eine Anzahl Optanten aus dem Kreise hat bereits die amtliche Aufforderung erhalten, bis zu einem bestimmten Termin die Grenzen des polnischen Staates zu verlassen. In verschiedenen Fällen ist gegen die Verfügung Berufung eingelegt worden.

* **Inowrocław**, 7. Februar. Vorgestern abend gegen 7 Uhr stürzte auf dem hiesigen Bahnhof der Landwirt Jakob M. aus Tuczno infolge übermäßigen Genusses von Alkohol so unglücklich zu Boden, daß er sich erhebliche Verletzungen zuzog und in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause übergeführt werden mußte.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Handel.

♂ **Der Mangel an Fensterglas in Polen** nimmt seit einigen Monaten ständig zu. Damit zugleich steigen (ebenso wie z. Zt. in Deutschland) die Preise. Während man im Oktober für einen Quadratmeter Fensterglas 2 zł und im November 4 zł bezahlte, verlangt man gegenwärtig im Detailhandel bis zu 8 zł je Quadratmeter. Als Ursache hierfür werden die Schließung der Glashütte in Petrikau, bedeutende Bestellungen durch die Regierung bei den übrigen Glashütten und die übermäßig hohen Zollsätze angeführt, die bis zu 150 Prozent des Warenwertes betragen. Die interessierten Kreise haben sich daher erneut an das Wirtschaftskomitee des Ministerrates mit der Bitte um Herabsetzung des Zolles für Fensterglas gewandt.

Industrie.

⊙ **Die Lage der Teerindustrie im Osten** scheint, wie wir von fachmännischer Seite erfahren, z. Zt. im ganzen etwas günstiger zu sein, als noch vor Wochen und Monaten. Die Zufuhren von Rohteer zu den Destillationen sind besser geworden; sie waren eine Zeitlang namentlich in Oberschlesien und im besonderen in Ost-Oberschlesien durchaus ungenügend, haben allerdings auch heute die normale Höhe noch nicht wieder erreicht. Das wird erst der Fall sein, wenn die Lage in der Eisenindustrie sich weiter bessert und sich wieder einigermaßen voller Absatz für Koks schaffen läßt, so daß die Kokereien ihren normalen Betrieb durchführen können. Der Absatz in einer Reihe von Teererzeugnissen hat sich in den letzten Wochen und Monaten ebenfalls gebessert, wenigstens in Ostdeutschland. Das trifft zu für Pech, präp. Teer und Teeröl. Auch in Polnisch-Oberschlesien und im übrigen Polen ist der Absatz von Pech noch befriedigend, läßt dagegen in präp. Teer und Teerölen zu wünschen übrig. Der gute Absatz von Pech im ganzen Osten ist vor allen Dingen durch die gute Beschäftigung der Brikettfabriken verursacht. Die Dachpappenindustrie hat nur im Herbst v. J. bis fast in den Winter hinein Pech und präp. Teer in beinahe ungewöhnlich großen Mengen abgenommen. Dieser Absatz hat seit Dezember sowohl in Ostdeutschland wie namentlich auch in Polen stark nachgelassen. Teeröle sind in Ostdeutschland besonders für Imprägnierungszwecke in den letzten Wochen stark gefragt gewesen. In Polen tritt diese Besserung der Nachfrage jetzt erst ein. Die Nachfrage nach Heiz- und Treibölen ist im ganzen keine schlechte gewesen, spielt aber doch gegenüber den Imprägnierölmengen keine große Rolle. Auch die Stickstoffindustrie hat in den letzten Wochen größere Mengen nicht abgenommen. Der Absatz in roher Karbolsäure (Kresol und krist. Karbolsäure), der lange Zeit unbefriedigend war, hat sich etwas gebessert, er ist aber in Kresol auch heute noch nicht genügend. Pyridinbasen gehen in befriedigender Menge und zu befriedigenden Preisen ab. Ebenfalls ist Anthracen z. Zt. gefragt und erlöst einen befriedigenden Preis. Dagegen ist die Lage in Naphthalin immer noch eine sehr schlechte. Rohnaphthalin, soweit es gewonnen werden muß, bringt nur einen ganz ungenügenden Preis; die Herstellung von Reinnaphthalin ist mit Verlust verbunden und wird nur noch von der einen oder anderen Erzeugungsstelle, die nicht ganz aus dem Markte kommen will, weitergeführt. Der Absatz von Benzol, der noch bis November v. J. recht gut war, hat durch den im Dezember eingetretenen Preisrückschlag stark gelitten und ist z. Zt. noch unbefriedigend, wenn sich auch eine Besserung bereits wieder bemerkbar macht, im ganzen sind die augenblicklichen Aussichten zwar nicht ungünstig, jedoch bleibt der Absatz von einigen Erzeugnissen unbefriedigend. Auch ist die Entwicklung des Geschäfts in der Teerindustrie aufs innigste mit der weiteren Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage verknüpft, die man leider immer noch nicht als sicher bezeichnen kann.

Von den Märkten.

Holz. Łuck, 11. Februar. Gezahlt wurde (in zł): für Fichtenklötze 25—30 Zentimeter 15—20, über 30 Zentimeter 19 bis 22, 1. Klasse über 40 Zentimeter 26, 2. Klasse 23 zł pro Meter, Kiefer 9—13 pro Meter, Eichenklötze 90, Tischlerklötze 57, 2. Klasse 54, geschnittenes Material: Fichtenbalken 43, Kiefer 38—40, Fichtentischlerbretter 43, Zimmermannsbretter 21—22, Kiefer 20—21 pro Meter, Brennholz: Erle 4.80—5.50, Espe 2.50—3, Fichte 3.50 bis 5.10, Kiefer 3.20—3.80, Birke 2.80—3.10 pro Meter.

Produkten. Warschau, 11. Februar. Im freien Verkehr wurden für 100 Kilogr. franko Verladestation notiert: Weizen 41, Roggen 32.50, Hafer 31, Gerste 29, Weizenkleie 22.50, Roggenkleie 19, Leinkuchen 29, Rapskuchen 26, Raps 55. Tendenz unverändert.

Warschau, 11. Februar. Außerbörslich wurden Transaktionen bei sehr festen Preisen getätigt. Notiert wurden: Roggen 32—32.75, Weizen hat für Warschau wie immer nicht die Bedeutung als Roggen, wegen Fehlens entsprechnder Mühlen. Notiert wurde Weizen mit 40—40.75. Braugerste wurde etwas schwächer notiert, und zwar mit 30, Hafer bei schwachem Angebot zum Preise von 30—31, Roggenkleie 19—20, Weizenkleie 24 bis 25 für 100 Kilogramm. Alles franko Verladestation.

Vieh und Fleisch. Myslowitz, 11. Februar. Der Auftrieb betrug vom 2. bis zum 6. Februar: 47 Pferde, 678 Kühe, 90 Färsen, 57 Ochsen, 83 Bullen, 71 Kälber und 2140 Schweine; zusammen 3166 Stück. Gezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Mastschweine 1. Sorte 1.40—1.60, 2. Sorte 1.20—1.40, 3. Sorte 1—1.20, Hornvieh 1. Sorte 0.90—1.05, 2. Sorte 0.70 bis 0.90, 3. Sorte 0.50—0.65, Kälber 0.90—1.15.

Metalle. Warschau, 11. Februar. Engros-Rohmaterialpreise für die Metallindustrie vom 5. d. Mts. pro Tonne franko Waggon Verladestation: Rogus Chlewiska 170, Stęporku Nr. 1 155, Ostrowiecka Nr. 1 147, Witkowicka Nr. 1 161, Gußbruch 125, Handelseisen 222, Faßeisen heiß gewalzt 256, kalt gewalzt 245, Walze 274, Blech (Grundpreis) 282 zł.

Berlin, 11. Februar. Kornschrott 60, neue lose Blechabfälle 46, Schmelz 31, Gußbruch 83, Handelseisen 68, Blechabfälle 50. Tendenz schwach.

Berlin, 11. Februar. Für 1 Kilogramm: Elektrolytkupfer (100 Kilogramm) 140.25, Raffinadekupfer mind. 99—99.3 Proz. 1.28—1.29, Originalhüttenweichblei 0.76—0.77, Hüttenrohzink im freien Verkehr 0.74—0.75, Remelted Plattenzink 0.66—0.67, Original-Aluminium in Blocks, Barren, gewalzt und gezogen 28 bis 29 Prozent 2.25—2.30, in Barren, gewalzt und gezogen mindest. 99 Prozent 2.45—2.50 Banka Straits und Australzinn 5.40 bis 5.50, Hüttenzinn mindest. 99 Prozent 5.30—5.40, Reinnickel 98 bis 99 Prozent 3.40—3.50, Antimon Regulus 1.33—1.35, Silber in Barren Probe mindest. 0.900 95—96, Gold 28.15—28.25, Platin 15—15½.

Edelmetalle. London, 11. Februar. (Schlußbörse.) Silber 32¼, Gold 86.10.

Börsen.

⧧ **Warschauer Börse vom 11. Februar.** Bankwerte: Bank Handlowa in Warschau 7.00, Bank dla Handlu i Przem. 1.20, Bank Przem. in Lemberg 0.48, Bank Tow. Sp. 14.00, Bank Zachodni 2.35, Zw. Sp. Zarobk. 10.25. — Industriewerte: Cerata 0.58, Kijewski 0.27, Puls 0.61, Spieß 1.70, Wildt 0.16, Chem. Zgierz 1.25, Elektr. Zagł. Dąbr. 1.50, Elektrycza. 2.90, Polski Tow. Elektrycza. 0.19, Brown. Browery 1.50, Siła i Swiatło 0.44, Chodorow 5.25, Częstocice 2.80, Gosławice 2.50, Michałow 0.58, W. T. F. Cukru 4.60, Łazy 0.21, Drzewn. Przem. i Handel 1.10, Kopalnia Węgli 3.60, Polska Nafta 0.67, Bracia Nobel 2.40, Celgielski 0.75, Pfitzner Gamper 5.00, Lilpop 0.98, Modziejowski 6.00, Norblin 1.12, Ostrowiecki 8.20, Parowoz 0.81, Rutzki 2.00, Starachowice 2.45, Ursus 2.40, Vulkan 3.00, Zeleniewski 13.50 Zawiercie 23.25, Zyradow 13.25, Borkowski 1.50, Bracia Jabłkowscy 0.22, Syndikat Roln. 2.75, Haberbusch und Schiele 7.50, Spiritus I—V 4.40, W. T. T. 0.25, Kluczewska F. Pap. 0.35, Majewski 13.00, Pustelnik 1.50.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	12. Februar	11. Februar
4% Posener Pfandbriefe (Vorkriegs-)	37.00—38.00	37.00 - 38.00
3½ " " " (Kriegs-)	25.00	—.—
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	7.00	7.00
8% dolar. Listy Pozn. Ziemstwa Kred.	—.—	3.00—3.15
Bankaktien:		
Bank Poznański I.—III. Em.	—.—	0.50
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	5.30	5.25—5.30
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	10.25—10.50	10.00
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	2.70	—.—
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	—.—	3.25
Bank Młynarzy I.—II. Em.	0.30	—.—
Industrieaktien		
Browar Krotoszyński I.—V. Em.	—.—	2.80—2.60
H. Cegielski I.—IX. Em.	0.75	—.—
Centrala Rolników I.—VII.	—.—	0 65
Centrala Skór I.—V. Em.	—.—	2.75
Cukrownia Zduny I.—III. Em.	50.00	—.—
Goplana I.—III. Em.	—.—	8.00
C. Hartwig I.—VII. Em.	1.65	1.65
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	4.50	4.50
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	—.—	7.00
Iskra I.—IV. Em.	1.00	1.00
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. exkl. Kup.	85.00	85.00
Dr. Roman May I.—V. Em.	—.—	30.00
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	—.—	10.00
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	2.00	—.—
Młynotwórnia I.—V. Em.	—.—	0.60
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	0.60	0.60
Pendowski I.—II. Em.	—.—	0.30
Płótno I.—III. Em.	0.30	0.30
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	0.95	0.95
„Tri" I.-III. Em.	—.—	13.00
„Unja" (vorm. Bentzki) I.—III. Em. (exkl. Kupon)	8.50	8.50
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em.	0.50	—.—
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	1.90	2.00

Tendenz: behauptet.

⧧ **Der Złoty am 11. Februar.** **Danzig:** Złoty 101.32—101.83, Ueberw. Warschau 100.[illegible]1—101.5[illegible], **Berlin:** Ueberweisung Warschau, und Kattowitz 80 45—80.85. **Zürich:** Ueberweisung Warschau 100, **London:** Ueberw. Warschau 24.95, **Neuyork:** Ueberw. Warschau 19.25, **Paris:** Ueberweisung Warschau 366.75, **Wien:** Złoty 13 530 Ueberw. Warschau 13 600—13 700, **Budapest:** Złoty 13 768—13 922, **Prag:** Złoty 654.25—660.25. Ueberw. Warschau 654$^{1}/_{2}$—660$^{1}/_{2}$, **Bukarest:** Ueberweisung Warschau 37.3[illegible], **Czernowitz:** Ueberw. Warschau 37.20 **Riga:** Ueberw. Warschau 102.

⧧ **Krakauer Börse vom 11. Februar.** (Amtlich.) Przemysłowy 0.48—0 46. Małopolski 0.33, Ziemski Kredyt. 0.17, Powsz. Kredyt. 0 10. Tohan 0.43—0.46. Cmielów 0.70. Zieleniewski 13.75—12.75. Cegielski 0.79—0.77. Parowozy 0 75—0.74. Trzebinia żel. 0.70—0.71, Pocisk 1.00. Górka 16 00—17.00. Siersza Górn. 4.70—4.80. Elektrownia 0.24, Tepege 2.00. Polska Nafta 0.67—0.68. Krakus 1.03—1.05. Chodorów 5.40, Automotor 0.70. Cybie 6.[illegible]0—6.30. Azot 0.29. — Nicht notierte Werte: Jaworzno gr. 14.50—14.75 (25), 14.70 dr. 15.50. Gazy zach 4.00, Len 0.41, Lokomotywy 0.55, Nobel 2.60—2.85, El. na Sanie 0.08.

⧧ **Berliner Börse vom 11. Februar.** (Amtlich.) Helsingfors 10.559—10.599. Wien 5.905—5.925. Prag 12.39—12.43. Budapest 5.81—5.83. Sofia 3.052—3 062, Holland 168.89—169.31. Oslo 64.07—64.23, Kopenhagen 74.66—74.84. Stockholm 113.06—113.34, London 20.057—20.107, Buenos Aires 1.669—1.674, Neuyork 4.195—4.205, Belgien 21.41—21.47. Mailand 17.38—17.42, Paris 22.51—22.57, Schweiz 80.90—81.10, Spanien 59.53—59.67. Danzig 79.60—79.80, Bukarest 2.165—2.175, Japan 1.643—1.647, Rio de Janeiro 0.474—0.476. Jugoslawien 6.885—6.905. Portugal 19.98—20.02. Riga 80 55—80.95, Reval 1.127—1.133, Athen 6.89—6.91, Konstantinopel 2.215—2.225.

⧧ **Ostdevisen.** Berlin, 10. Februar. Freiverkehr. Kurse in Bill. Mk. für je 100 Einheiten. Auszahlung Warschau 80.45 G., 80.85 B.. Bukarest 2.165 G., 2.175 B. Riga 80.40 G., 80.80 B., Reval 1.117 G., 1.123 B., Kowno 41.345 G., 41 555 B., Kattowitz 80.45 G., 80 85 B. — Noten: polnische 80.65 G., 80.85 B., lettische 79.70 G., 80.50 B., estnische 1.094 G., 1.106 B., litauische 41.14 G., 41 56 B.

⧧ **Genfer Börse vom 11. Februar.** (Amtlich.) Paris 27.77$^{1}/_{2}$, London 24.77$^{1}/_{2}$, Neuyork 5 18$^{1}/_{2}$, Belgien 26 41$^{3}/_{4}$ Mailand 21.45, Spanien 73.70, Holland 208.77$^{1}/_{2}$, Berlin 123.42$^{1}/_{2}$, Wien 73, Belgrad 8.52$^{1}/_{2}$, Stockholm 139.65. Oslo 79.10, Kopenhagen 92.25, Sofia 3.76, Prag 15.31¼ Bukarest 2.70.

⧧ **Züricher Börse vom 11. Februar.** (Amtlich.) Neuyork 5.18$^{5}/_{8}$, London 24.77$^{1}/_{2}$, Paris 27.78$^{3}/_{4}$ Wien 73 03$^{3}/_{8}$, Prag 15.31$^{1}/_{2}$, Mailand 21.46$^{1}/_{4}$, Belgien 26.45. Budapest 72.00. Sofia 3.77$^{1}/_{2}$ Holland 208$^{3}/_{4}$, Oslo 79.16. Kopenhagen 92.10. Stockholm 139.65, Spanien 72.70, Bukarest 2.67$^{1}/_{2}$, Berlin 123.42$^{1}/_{2}$, Belgrad 8.51$^{1}/_{2}$.

⧧ **Wiener Börse vom 11. Februar.** (In 1000 Kronen.) Austr. Kol. Pań. tw. 417.9, Kol. Póln. 10 450, Kol. Lw.—Czern. 190. Kol. Połudn. 58.6. Bank Hipot. 8.9. Alpiny 424, Siersza 69. Silesia 15.5, Tepege 26—27, Krupp 217.5, Prask. Tow. żel. 2061, Huta Poldi 820, Portland Cement 347.5. Skoda 1450, Rima 160, Apollo 630 Fanto 228, Galicja 1450, Nafta 166, Lumen 7.2, Schodnica 225, Mraźnica 45—50.

⧧ **Danziger Börse vom 11. Februar.** (Amtlich.) Neuyork 5.2643—5.2907, London Scheck 25.21, Schweiz 101.62—102.13, Berlin 125.286—125.914. deutsche Mark 125 311—125.9[illegible]9.

⧧ **1 Gramm Feingold bei der Bank Polski** für den 12. Februar 1925 — 3.4862 zł. (M. P. Nr. 34 vom 11. 2. 1925).

Warschauer Vorbörse vom 12. Februar.

Dollar 5.18$^{1}/_{2}$. Englisch Pfund 24.75. Schweizer Frank 99.86. Französischer Frank 27.79

Der heutigen Nummer liegt die illustr. Beilage Nr. 6 **Die Zeit im Bild** bei.

Die Autonomie der Minderheiten in Estland

Ein musterhaftes Vorbild.

Der Entschluß des estnischen Parlaments, den Minderheiten die kulturelle Autonomie zu gewähren, hat überall in der Welt größte Freude und Überraschung ausgelöst. Fast alle Blätter berichten über diese Tat Estlands, und die Minderheiten loben den großzügigen und fortschrittlichen Geist dieses kleinen Staates, dicht an der Grenze des bolschewistischen Reiches. In der „Frankf. Ztg." ergreift Herr Edgar Mesching (Reval) das Wort, um einen Blick über diese neue Tat zu geben. Wir lesen dort:

„Am 5. Februar hat sich, wie bereits telegraphisch gemeldet, die kleine Republik Estland, die sich mit ihrer überhasteten Agrarreform so unbeliebt gemacht hat, mit überraschend schnellem Entschluß an die Spitze der modernen Völker gestellt, indem sie als erster Staat mit gemischter Bevölkerung ihren Minderheitsvölkern die kulturelle Autonomie gesetzlich gewährleistet hat. Was auch immer an positiven Folgeerscheinungen der revolutionären Welle sich als schnell vergänglich erweisen wird, eins wird Bestand haben: das heilige Recht eines jeden Volkes auf seine eigene Kultur, auch wenn es als kleine Völkerschaft in ein großes Volk versprengt worden ist oder als Teil eines großen in einem Mehrheitsvolk eingekeilt leben muß. Gewaltmäßige und erfahrungsgemäß schon deshalb nicht zweckentsprechende Versuche stärkerer, größerer Völker, die kleineren Völkerschaften auch kulturell zu verschlucken, werden künftig im Keime ersticken. Wenn früher, um nur ein Beispiel zu nennen, der Koloß Rußland seine sogenannten Fremdvölker, die, wie beispielsweise die Finnländer der Grundbevölkerung an Kultur und jedenfalls Kulturfähigkeit überlegen waren, mit den empörendsten Gewaltmitteln seinem eigenen Niveau anpassen durfte, so sah sich die Nachfolgerin der zarischen, die Sowjet-Regierung, bereits genötigt, die Selbstbestimmung der Völker Rußlands zu respektieren. Wenn die Sowjet-Regierung fraglos darauf ausgeht, die patriotische Phrase der russischen Emigranten von dem „einen, unteilbaren Rußland" zu verwirklichen, so muß sie doch den Versuch, den status quo ante wiederherzustellen, unter der Losung einer Union von nationalen Staaten vornehmen und den Nationalitäten weitestgehende Konzessionen machen.

In Estland hat man sich 4½ Jahre lang den Forderungen der einheimischen Minoritätsvölker: Deutsche, Schweden, Juden und Russen, eventuell auch Letten, nach einer kulturellen Autonomie widersetzt, obwohl das Grundgesetz eine solche vorsieht. Mehr als einmal ist das entsprechende Gesetz nach zweiter Lesung im letzten Augenblick vertagt worden. Dabei haben in erster Reihe die Befürchtungen mitgewirkt, die ehemals herrschende deutsche Oberschicht, hauptsächlich der depossedierte Landadel, könnte durch die völkische Autonomie seine verlorene Machtstellung wiedergewinnen. Ferner hat dann aber auch der starke, noch unausgeglichene Nationalismus gewisser Kreise des Mehrheitsvolkes der Esten seinen Einfluß ausgeübt. **Es mußte jedoch jedem einigermaßen staatsmännisch denkenden Politiker klar sein, daß die völkische Autonomie dem Staate mancherlei greifbare Vorteile bringt, ganz abgesehen davon, daß sie eine sehr dankbare Propaganda für das Kulturniveau der Republik unter den anderen Völkern darstellt.**

Bei der schließlich kurzer Hand erfolgten Annahme des Autonomiegesetzes durch das Parlament hat dann wohl der kommunistische Putschversuch am 1. Dezember den Ausschlag gegeben. Die weitesten Kreise mußten sich über die Gefahr klar werden, die der Republik von Osten drohte, **wenn sie nicht alle ihre Bürger, gleichberechtigt mit dem Mehrheitsvolk, am gemeinsamen Staatswohle interessierte.** Wie dem auch sein mag, der staatsmännisch wichtige und kluge Schritt ist nunmehr getan, und Westeuropa hat alle Ursache, ihn zu begrüßen, weil er Estland, als einen der am weitesten nach Osten vorgeschobenen Posten, zweifelsohne innerlich kräftigen und **damit die bolschewistische Gefahr nicht unerheblich verringern wird.**

Was nun die völkische Autonomie selbst anbetrifft, so erfüllt ihr Gesetz bei weitem nicht alle Forderungen der Minoritäten, die es dennoch akzeptieren mußten, weil es ein gewisses, zur Zeit erreichbares Maximum an Rechten festlegt. In den Wirkungskreis der völkischen Autonomie gehören in der Hauptsache: Organisation, Verwaltung und Überwachung der muttersprachlichen, öffentlichen und privaten Lehranstalten, Fürsorge für die übrigen Kulturaufgaben, Verwaltung der hierzu ins Leben gerufenen Anstalten, wobei für das Wohlfahrtswesen selbst ein Sondergesetz vorgesehen ist. In Estland ist die Trennung der Kirche vom Staate durchgeführt und die Frage der Kirchengemeinschaften durch das Vereinsgesetz in hervorragend liberaler Weise geregelt, weshalb diese Frage nicht zu den Beschwerden der Minoritäten gehörte. An der Spitze jeder völkischen Minorität stehen ein Kultur- und ein Wohlfahrtsrat. Finanziell fließen den autonomen Minderheiten die auf sie entfallenden Anteile der für Kultur- und Wohlfahrtszwecke bestimmten staatlichen Mittel zu, die sie durch Besteuerung ihrer Mitglieder, Sammlungen, Veranstaltungen und dergleichen ergänzen dürfen. An die Opferfreudigkeit der Minoritäten werden kaum weniger große Ansprüche gestellt werden als bisher, doch wird das Interesse für die selbständig verwalteten Organisationen ein ungleich größeres sein und deren Niveau voraussichtlich ein mustergültiges werden. Wie denn auch die Zusammenarbeit der Minoritätenvölker mit dem Mehrheitsvolk einen neuen Zug erhalten muß, wenn sie im Vollbesitz ihrer Kultur sich als gleichberechtigte Bürger im gemeinsamen Staate fühlen dürfen."

Die Ausweisung des ökumenischen Patriarchen aus Konstantinopel.

zek. **Athen**, 10. Februar.
(Eigenbericht.)

Die Ausweisung des ökumenischen Patriarchen Konstantinos aus Konstantinopel hat in Athen und überhaupt in ganz Griechenland eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Besonders über die gewalttätige Art, in der die beiden türkischen Gendarmen in den Phanar, das ist das vom Patriarchen bewohnte Schloß, eindrangen, ist man empört. Das Athener Kabinett will seinen Gesandten in Angora abberufen und an den Völkerbund appellieren. Der Empfang des diplomatischen Korps beim Präsidenten der griechischen Republik wurde abgesagt. Wie einen Verbrecher hat die türkische Regierung das Haupt aller autokephalen Kirchen des Morgenlandes über die Grenze geschafft. Das Ereignis ist von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung der orthodoxen Kirche, in der sich im Laufe der letzten zehn Jahre geradezu chaotische Zustände entwickelt haben, von denen sich der europäische Westen keine Vorstellungen macht.

Die Handhabe zu ihrem Vorgehen gibt der türkischen Regierung eine geschickte Interpretation des Lausanner Vertrages, der wohl die Institution des ökumenischen Patriarchats schützt, nicht aber die dieser obersten kirchlichen Stelle der orthodoxen Kirche angehörigen Personen. Der Lausanner Vertrag enthält bekanntlich die grausame Austauschklausel, der zufolge alle in Griechenland lebenden Mohammedaner nach der Türkei und alle in der Türkei lebenden Griechen nach der hellenischen Republik zwangsweise abtransportiert werden können. Ausgenommen sind von diesem Bevölkerungsaustausch nur jene Griechen, die in Konstantinopel und Umgebung schon vor 1918 angesiedelt (etablis) waren. Die türkischen Mitglieder der „Gemischten Austauschkommission sehen das Interesse ihres Vaterlandes nun darin, möglichst viele Griechen aus Konstantinopel auszuweisen, und betrachten nur solche Griechen als etablis, die schon vor 1918 ihren Willen, in Konstantinopel zu verbleiben, offiziell bekanntgegeben haben, was natürlich bei den wenigsten in Konstantinopel lebenden Griechen zutrifft. Alle diese Maßregeln beziehen sich natürlich nur auf die Romäer, d. h. die Griechen bisheriger türkischer Staatsbürgerschaft, während ein Hellene, das heißt ein Reichsgrieche, jederzeit in der Türkei einreisen kann, sofern er Paß und Visum hat.

Diese Bestimmungen des Lausanner Vertrages wenden die türkischen Behörden nun auch gegen die Mitglieder der Heiligen Synode der orthodoxen Kirche an. Von jedem einzelnen Synodalen wurde der Nachweis des dauernden Aufenthaltes verlangt, den natürlich nur die wenigsten beibringen können, da der größte Teil von ihnen irgend einen Bischofsitz im ottomanischen Reich innehatte, also nicht in Konstantinopel wohnhaft war.

Die türkische Regierung kann sich ferner nicht darauf berufen, daß sie das ökumenische Patriarchat nicht schlechter behandle als das mohammedanische Kalifat, denn die Türkei hat in Lausanne letzterem das Recht auf Bestand zuerkannt. Die ganze Angelegenheit gewinnt jedoch an Interesse, wenn man erfährt, daß hinter den Vorgängen ein Mann steht, der von eigenbrödlerischen Plänen getrieben, im Begriffe ist, eine neue autokephale Kirche im Orient auszubauen. Es ist dies der Pope Eftim, ein ehemaliger Krämer aus Cäsarea, der die volle Unterstützung der Angoraregierung genießt. Zur Zeit der ärgsten Griechenverfolgungen nach dem Zusammenbruch der griechischen Front in Kleinasien, hat Eftim als ganz untergeordneter orthodoxer Priester die „Türkisch-orthodoxe Kirche" gegründet und in verhältnismäßig kurzer Zeit es zum Haupt eines kleinasiatischen Schismas gebracht, dessen Sitz in Angora war. Bald verlegte aber Eftim seinen Sitz nach Konstantinopel, wo er mit dem ökumenischen Patriarchen den Kampf aufnahm. Im Oktober 1923 drang er mit seinen kleinasiatischen Anhängern im Phanar ein und zwang den damaligen Patriarchen Meletios IV. zur Abdankung. Schon sah sich Eftim in der Würde des Patriarchen, als am 6. Dezember 1923 die Synode trotz stärksten Druckes der Staatsbehörde Gregor von Kadikeny zum Patriarchen wählte. Als dieser Patriarch ein Jahr später starb, wurde der Metropolit von Derkos am Marmarameer, Konstantinos, zum Patriarchen gewählt. Die türkische Presse bezichtigte ihn immer panhellenistischer Umtriebe. So wurde behauptet, er bewahre Geschoßstücke, mit denen die griechische Flotte türkische Ortschaften bewarf, in seiner Wohnung im Phanar als Siegestrophäen auf. Jetzt hat man ihn endlich auf Grund der Austauschklausel ausgewiesen. Nun ist der Platz für Eftim frei.

Damit steht aber die ganze orthodoxe Kirche am Höhepunkt der Krise. Die Staatskirche in Rußland ist zertreten, in Karpathorußland, Rumänien und Jugoslawien, nicht weniger aber in Kleinasien und Armenien mehren sich die Fälle schismatischer Erscheinungen. Jetzt ist auch die höchste kirchliche Stelle der Spielball politischer Machthaber geworden, so wie sich der König von Serbien bemüht, das weltliche Protektorat über die ganze orthodoxe Christenheit zu übernehmen, nachdem er den Schutz des heiligen Grabes in Jerusalem bereits übernommen hat. Der gewaltige hierarchische Machtapparat der Orthodoxie wird durch nationale, lokale und persönliche Bestrebungen zersplittert.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 12. Februar.

Wie wird der diesjährige Frühling?

In den Mitteilungen der „Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft" veröffentlicht der bekannte Meteorologe Dr. Franz Baur, St. Blasien (Schwarzwald), folgende Vorhersage:

Der Erstfrühling (März und April) 1925 wird in Deutschland mit einer Wahrscheinlichkeit von 70 Prozent wärmer als normal sein, mit einer Wahrscheinlichkeit von 86 Prozent wird seine Durchschnittstemperatur zwischen 2 Grad Celsius über und 1 Grad Celsius unter der normalen liegen, und mit 92,5 Prozent Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, daß der Erstfrühling weder sehr warm, noch sehr kalt sein wird. Die Wahrscheinlichkeit für einen sehr kalten Erstfrühling insbesondere ist im Jahre 1925 so gering, daß dieser Fall als ausgeschlossen gelten kann. Man wird demnach gut tun, in Deutschland in diesem Jahre mit einem im Durchschnitt ziemlich normalen, eher aber zu warmen, als zu kalten Erstfrühling zu rechnen.

Diese Vorhersage Baurs beruht ebenso wie seine Vorhersage eines ziemlich milden, schneearmen Winters, die bekanntlich eingetroffen ist, auf einer geschickten, von Baur geschaffenen Verknüpfung der Wahrscheinlichkeitsrechnung und Fehlertheorie mit neuen Forschungsergebnissen der statistischen Meteorologie.

s. **Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen in Berlin** sind aus Posen folgende Juristen als Berater abgereist: Juljusz Hubert, Tadeusz Zajączkowski, Wiktor Norski und Kutzner.

X **Pfarrer Stuhlmann**, der 13 Jahre hindurch als Pastor der St. Paulkirche amtierte, verläßt am 1. April unsere Stadt, um in Berlin eine Pfarrstelle an der Bartholomäuskirche zu übernehmen. Sein Weggang wird nicht nur in dem engeren Kreise seiner hiesigen Gemeinde, sondern darüber hinaus aufrichtig bedauert werden. Es waren nicht lediglich rednerische Gaben und treue Pflichterfüllung innerhalb seines geistlichen Berufs, die ihm die Herzen gewannen, sondern auch rein menschliche Eigenschaften, insbesondere die Gradheit seines Charakters und ein freundliches Wort für jedermann, sicherten ihm Achtung und Verehrung.

Beachtenswerte Vergleiche. Dem „Samorząd" zufolge besitzen von den 45 weniger als 50 000 Einwohner zählenden Städten des ehemals preußischen Teilgebiets 17 Wasserleitungen und 28 Brunnen, von den 86 Städten des ehemals österreichischen Teilgebiets 24 Wasserleitungen und 25 gebohrte Brunnen, während 36 Städte schlecht mit Wasser versorgt sind. Von den 124 Städten in Kongreßpolen besitzen 3 Wasserleitungen, 30 gebohrte Brunnen und 113 begnügen sich mit beliebigem Wasser.

s. **Akwawit, Sp. Akc., Spiritusrektifikation**, hält ihre Generalversammlung am 16. d. Mts. in ihren Räumen, ul. Cieszkowskiego 3 (fr. Königsstraße) ab.

X **Ein falsches Gerücht.** In der Stadt erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß der seit Sonnabend vor 8 Tagen verschwundene Möbelfabrikant Mańczak aus der ul. Mostowa (fr. Posadowskystr.) ermordet aufgefunden sein sollte. Das ist, wie wir zuverlässig mitteilen können, nicht der Fall. Das Schicksal des spurlos Verschwundenen ist vor wie nach in tiefes Dunkel gehüllt. Das Publikum wird deshalb unter Hinweis auf die vom Bruder des Verschwundenen ausgesetzte Belohnung immer wieder von neuem gebeten, zur Aufklärung des Dunkels seinerseits mit beizutragen.

Der Verband der Rindviehkontrollvereine im Freistaat Danzig veranstaltet vom 10. März bis 8. April d. Js. einen Ausbildungslehrgang für Milchviehkontrollassistenten. Landwirtssöhne sowie Angehörige verwandter Berufe im Alter von 18—28 Jahren können sich eine Existenz schaffen. Nach bestandener Prüfung Aussicht auf Anstellung vorhanden. Anfangsgehalt monatlich 40 Gulden bei freier Station. Alles Nähere durch die Geschäftsstelle, Danzig, Sandgrube 21.

X **Wieder eine von denen, die nicht alle werden.** Vorgestern erschien bei einer Bewohnerin des Hauses Glogauer Straße 91 eine Wahrsagerin und bot ihr ihre Dienste an. Auch dieser gelang es, der nach einem Blick in die Zukunft Verlangenden verschiedene Gegenstände im Gesamtwerte von 126 zł abzuschwindeln, und zwar eine Herrenuhr mit Kette, 2 Trauringe, 1 Kleid, 1 Hemd und 46 zł bares Geld. Ob es sich um dieselbe Schwindlerin handelt, die das Dienstmädchen in Solatsch in der vergangenen Woche um seine Sachen gebracht hat, steht noch nicht einwandfrei fest.

X **Wer sind die Toten?** Am 25. v. Mts. wurde in der Gegend von Kattowitz in Zabłoce, Kr. Bielsko, ein unbekannter, etwa 65 Jahre alter, 1,75 Meter großer Bettler tot aufgefunden, der einen graumelierten Bart hat, und dem die linke Hand fehlte. — Am 28. v. Mts. wurde auf dem Eisenbahngleise Rybnik—Dziedówka ein Mann überfahren, dessen Persönlichkeit bisher nicht festgestellt werden konnte. Er führte eine Geldbrieftasche mit 1 zł und 1 gr und 3,50 Mk. deutschen Geldes, einen Trauring und ein braunes Bronzekreuz mit der Aufschrift: „Für Pflege der Soldaten 1914", auf der Rückseite „25. August 1870" bei sich und ist etwa 50 Jahre alt, hatte dunkelblondes graumeliertes Haar, großen herabhängenden Schnurrbart und war bekleidet mit abgetragenem braunen Anzug, schwarzen Schnürschuhen, brauner Sportmütze und grünlicher Wäsche. Lichtbilder der beiden Unbekannten können im Zimmer 3 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: auf dem gestrigen Wochenmarkte des Sapiehaplatzes eine Tasche mit 22 zł, einer anderen eine Geldtasche mit 300 zł; ferner wurden gestohlen: vom Hofe des Hauses ul. Pocztowa 8 (fr. Friedrichstraße) ein Fahrrad im Werte von 35 zł; aus einem Bureau an der ul. Fredry (fr. Paulikirchstraße) nach Aufknabbern des Geldschranks 1300 zł.

s. **Vom Wetter.** Heut, Donnerstag, früh waren 3 Grad Wärme.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag, den 13. 2.: Verein Deutscher Sänger: abends 8 Uhr Übungsstunde.

Freitag, den 13. 2.: Evangel. Verein Junger Männer: um 7 Uhr abends Turnen.

Sonnabend, den 14. 2.: Evangel. Verein Junger Männer: abends 9 Uhr Wochenschlußandacht.

Posener Ruderverein „Germania". Die Mitglieder werden gebeten, zu einer am Sonntag, 15. d. Mts., nachm. 4 Uhr im Bootshause stattfindenden Besprechung über die für Sonnabend, 21. d. Mts., geplante Luftschiffreise in die Sternenwelt vollzählig zu erscheinen. Nach der Besprechung Familienkaffee.

V. Sinfoniekonzert der Filharmonja Poznańska findet, wie wir bereits mitteilten, am Sonntag, dem 15. d. Mts., mittags 12 Uhr in der Universitätsaula statt. Zum Gehör kommen diesmal Werke klassischer Meister, und zwar von Bach und Mozart. Das Konzert leitet der Direktor der hiesigen Oper Herr P. Stermicz, als Solistin tritt die hervorragende Sängerin Fr. Jadwiga Dębicka auf, die durch ihre außergewöhnliche künstlerische Leistung ein Liebling des hiesigen sowie des Wiener und Berliner Publikums geworden ist. Karten sind bei Herrn Szrejbrowski, Fredry 1, am Tage des Konzerts an der Kasse zu haben.

* **Dirschau** 10. Februar. Bis zur Stunde schwebt immer noch ein geheimnisvolles Dunkel über die Ursache oder Beweggründe der vierfachen Vergiftung. Es scheint allerdings Vergiftung durch Arsenik fast einwandfrei festzustehen, wenn auch noch nicht das Ergebnis der amtlichen chemischen Untersuchung hierher gemeldet ist. Selbstverständlich ist auch die kriminalistische Untersuchung im Gange und arbeitet nach einer bestimmten Richtung hin.

* **Gollub**, 11. Februar. Der Unterleibstyphus herrscht in der Umgegend noch immer. In Lissewo bei Gollub sind verschiedene Todesfälle zu verzeichnen, meistens an Kindern bis zu 14 Jahren; aber auch Erwachsene und ganz alte Leute sind der Krankheit erlegen. Meist handelt es sich um Leute, die sich ärztliche Beratung nicht leisten können.

* **Thorn**, 11. Februar. Die „Deutsch. Rundsch." berichtet: Ein Beamter vom hiesigen Proviantamt fuhr dienstlich nach Inowrocław, um dort größere Summen in Empfang zu nehmen. Den Rückweg machte er nicht direkt, sondern fuhr über Bromberg, um einen „Augenblick" ins Kabarett zu gehen. Aus dem „Augenblick" wurden mehrere Stunden bis zum Morgen, und wie das so üblich ist, verließ der Mann das Kabarett ohne einen Pfennig Geld. So mußte er schließlich nach der Rückkehr ins Gefängnis wandern. — Große Betrügereien wurden, wie das „Słowo Pom." schreibt, durch einen Lieferanten für das hiesige Militärlazarett verübt und jetzt aufgedeckt. Wie bisher festgestellt wurde, hatte dieser „Lieferant" großere Summen durch Fälschungen von Rechnungen von der Militärverwaltung erhalten. Interessant ist es, daß der Mann, der mit stattlichen Summen „arbeitete", in seinem „Kontor" — einem kleinen Zimmerchen im 3. Stock einer Seitenstraße — „amtierte".

Aus dem Gerichtssaal.

s. **Posen**, 10. Februar. Am 13. Oktober v. Js. entstand in einer Gastwirtschaft in der Gr. Gerberstraße eine Schlägerei, bei der der Arbeiter Stanisław Anioła den Felikś Kistowski mit einem Stocke über den Kopf schlug und durch zwei Messerstiche tödlich verletzte, so daß er nach wenigen Stunden starb. Die Strafkammer verurteilte Anioła zu 4 Jahren Zuchthaus.

* **Konitz**, 11. Februar. Vor der hiesigen Strafkammersitzung hatte sich der frühere Postassistent E. G. aus Lippusch wegen Unterschlagung zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, im März 1922 fremde Geldüberweisungen in zwei Fällen, und zwar 259 000 polnische Mark und 1 710 000 polnische Mark unterschlagen und sich Bücherfälschungen schuldig gemacht zu haben. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten.

Briefkasten der Schriftleitung.

Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

A. B. J. P., K. Nr. 308, A. B. 100 und andere. Ihre Fragen müssen so lange unbeantwortet bleiben, bis Sie uns einen Briefumschlag mit Freimarke eingesandt haben.

A. M. in P. Wir müssen Sie schon bitten, Ihre Anfrage zu wiederholen, nachdem seit der ersten Anfrage die lange Zeit verstrichen ist.

G. P. 1. Gewöhnliche Hypotheken sind mit 15 Prozent aufzuwerten. 2. Die Sparkasse ist in diesem Falle zur Löschung der Hypothek verpflichtet.

F. Sch. i. P. Posen, ul. Zwierzyniecka 15 (fr. Tiergartenstraße).

A. E. in W. 1. Wenn Sie die Hypothek ohne Vorbehalt angenommen haben, sind Sie zur Löschung verpflichtet. 2. Sparkassengelder sind zur Aufwertung bei der betreffenden Sparkasse anzumelden.

Frau S. H. hier. 1. In dem angegebenen Falle muß, da die Hypothek ohne Vorbehalt angenommen worden ist, die Löschung erfolgen. 2. In diesem Falle würde nichts anderes übrig bleiben, als die gerichtliche Klage anzustrengen. 3. Zunächst müßte der Aufwertungsantrag beim gerichtlichen Grundbuchamte gestellt werden. Vor dem 1. Januar 1928 kann der Hypothekenschuldner nicht zur Zurückzahlung gezwungen werden. 4. Ja. 5. In Optantenfragen wollen Sie sich an das Deutsche Generalkonsulat in Posen wenden.

F. Fr. in W. 1. Die Aufwertungssätze von Sparkassengeldern stehen gegenwärtig noch nicht fest. Sie müssen Ihre Forderungen einstweilen erst bei der betreffenden Sparkasse zur Aufwertung anmelden. 2. Als Kündigungsfristen gelten die bei der betreffenden Sparkasse bisher üblichen.

Aufbewahren! Aufbewahren!

Suche Rittergut

von 1200 bis 2000 Morgen
Anzahlung 150 000 Zł. evtl. darüber.
Bedingung: Erstklassiges Objekt, Bahnhofsnähe, unweit Poznań, bezw. südliche oder östliche Kreise. Offerten unter **R. 2862** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Baugeschäft

älteren Bestehens im besten Industriegebiet (Stadt Poln. Oberschl. eingeführt bei Verwaltungen, mit Büro, Platz u. 4 Zimmerwohnung, mit Einrichtung wegzugshalber sofort zu verkaufen. Angeb. unter **W. 2873** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Oder-Zeitung



Größte Zeitung der Provinz Brandenburg

★

Hauptanzeigenblatt
des mittleren deutschen Ostens
Kleine Anzeigen (Grundstücks- u. Stellenmarkt) größte Wirkung

★

Probe-Nummern und Anzeigen-Bedingungen vom Verlag Trowitzsch & Sohn, Frankfurt a. O.

Volles, blühendes Aussehen

und schnelle Gesichtszunahme durch Kraftnährpulver „Plenusan". Bestes Stärkungsmittel für Blut, Muskeln und Nerven. 1 Sch. **6 Zl.**, 4 Sch. **20 Zl.** Ausführliche Broschüre Nr. 6 kostenfrei.

Dr. Gebhard & Co., Danzig, Kass. Markt 1 b.

Gelegenheitskauf!
Zu verkaufen ist ein gutgehender

Deutzer Leuchtgasmotor,

6 PS, derselbe kann noch im Betriebe besichtigt werden.
Dortselbst werden auch **2 Tischlergesellen** für Fournierarbeit **gesucht.**

M. Appelt, Bau- und Möbeltischlerei,
Rogoźno (Wlkp.).

Kiefernsamen (Pinus sylvestris),

norddeutscher Provenienz, frischer Ernte, **85 % Keimkraft**, pro kg 60 Złoty, gibt ab, soweit der Vorrat reicht, gegen sofortige Kasse (2839

Fritz Lutz, Nowy Tomyśl.

Deutscher Schäferhundrüde, rabiat, scharf auf den Mann, unbestechlich, treu, anhänglich, bester Verteidiger seines Herrn, 2 Jahre alt, schönes Gebäude, Säbelrute, umständehalber billigst zu verkaufen.
Abs. **Bromnitz, Stary Tomyśl, pow. Nowy Tomyśl.**

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)

für den Monat **März** 1925

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Zuchtviehversteigerung.

Die Pommerellische Herdbuch- u. Schweinezuchtgesellschaft in Toruń veranstalten

am Freitag, dem 20. März d. Js. um 10 Uhr vorm.

auf dem Städtischen Schlachthofe in Grudziądz eine

Zuchtvieh- u. Schweine-Auktion.

Zur Versteigerung gelangen:
erstklassige Zuchtbullen mit voller Abstammung
Kühe und Färsen des schwarzbunten Niederungsschlages, sowie
Eber u. Sauen des großen weißen Edelschweines (Yorkshire).

Kataloge werden auf Wunsch den Interessenten von der Geschäftsstelle des Pomm. Towarzystwo Hodowców Bydła (Herdbuchgesellschaft) **Toruń ulica Prosta 18/20** eingesandt und am Tage der Auktion am Eingang zum Auktionsplatz erhältlich sein.

Wer ein Gut, eine Landwirtschaft, Fabrik, Hausgrundstück, Villa, Laden- und Speicherräume, Stapel- und Bauplätze **verkaufen** oder **verpachten** will,
wer Aktienmehrheiten von guten industriellen Unternehmungen **abzugeben** hat,
wende sich vertrauensvoll an die Firma:

D./H. Edward Kępiński - Poznań,

Telephon 33-95. **ul. Fredry 4.** Telephon 33-95.

Fachmännische, streng reelle, diskrete u. seriöse Behandlung der erteilt. Aufträge wird zugesichert

---

Beabsichtige meine an der Provinzialchaussee innerhalb großer Waldungen belegene neu umgebaute

Wassermühle

Dampfsägewerk, 5 Wohnhäuser, 48 Morgen Acker und Teiche

500 Meter Schienengleis, 12 Lowren, sofort freiwerd. 8 Zimmerwohnung wegen Zurruhesetzung **zu verkaufen.** Große Lohnschnittverträge sichern Käufer glänzende Verdienstmöglichkeit.

R. Zerbe, Zauztal b. Landsberg a. W.

Erste große Fettviehausstellung zu Poznań

findet statt während der
Internationalen Messe vom 3. bis 10. Mai 1925
auf dem Städtischen Schlacht- und Viehhof.
Ausgesetzte Prämien sind:
Geldpreise und Medaillen.
Zur Ausstellung gelangen:
Rinder, Schweine, Schafe und Kälber
aus der ganzen Republik Polen.
Anmeldefrist der Ausstellungsobjekte bis zum
1. März 1925
Die Herren Züchter, Mäster und Viehhändler werden gebeten an dieser sehr wichtigen Sache sich zu beteiligen.

Genaue Auskunft erteilt:
Komitet
Pierwszej Wystawy Inwentarza Opasowego na całą Rzplitą Polską
w Poznaniu, Stary Rynek 45, IIptr.

Neu! Neu!
Sofort lieferbar!
Wir empfehlen zur Anschaffung:
Leidner, Der praktische Getreidezuchtbetrieb,
Holdefleiß, Knauers Rübenbau
Dr. L. Wegener, Landesökonomierat:
Geldweltmächte, Landwirte und Genossenschaften.
Preis 1 Złoty,
nach auswärts mit Portozuschlag unter Nachnahme.

10 verschiedene Jahrgänge der **„Modernen Kunst"**, ungeb. Wir machen die Interessenten auf die wertvollen Kunstbeilagen aufmerksam. Es sind vorhanden die Jahrgänge Nr.: 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20 und 21. Es werden auch einzelne Jahrgänge abgegeben.

Neu! Neu!
Sofort lieferbar:
Feller, Gut Polnisch, —
" Gut Russisch, —
" Gut Englisch, —
" Gut Französisch, —
Bachmann Einfache Buchführung, —
Bachmann, Doppelte Buchführung
Uebelacker Gut Deutsch, —
" Deutscher Musterbriefsteller, —
Schulze, Gut Rechnen, —
Schramm, Das richtige Benehmen, —
Busch, Gesellschafts-Spielbuch,
" Reden und Toaste, —
" humorist. Vorträge.
Freund Geflügelzucht, —
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. Versandbuchhandlung.
Poznań, Zwierzyniecka 6

Synagoge A
Wolnica.
Freitag, abends $5\frac{1}{4}$ Uhr,
Sonnabend, morgens $7\frac{1}{2}$ Uhr,
vormittags 10 Uhr,
nachmittags $5\frac{1}{4}$ Uhr mit Schrifterklärung
Sabbatausgang 5 Uhr 56 Minuten.
Werktäglich morgens 7 Uhr mit anschließend. Lehrvortrag abends $5\frac{1}{4}$ Uhr,

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.
Freitag abends $5\frac{1}{4}$ Uhr.
Sonnabend vormittags 10 Uhr.

Apotheke

zu pachten oder Verwaltung gesucht. Zuschr. unt. **58,132** an „Par", ul. 27. Grudnia 18.

Seltenes Angebot:
Wir bieten, sofort lieferbar, antiquarisch, wie neu,

Meyers großes Konversationslexikon,
21 Bände, eleg. geb., 6 Auflage, zum Kauf an.

Brockhaus großes Konversationslexikon
13. Auflage, mit Abbildungen und Karten, 17 Bde., elegant gebunden.

Bastelbuch für Radioamateure komplett gebunden
Bibliothek des allgemeinen u. prakt. Wissens.
Versandbuchhandlung der
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Vom 10. März bis 8. April d. Js. findet in Danzig ein

Ausbildungskursus für Milchviehkontrollassistenten

statt. Landwirtsöhne sowie Angehörige verwandter Berufe im Alter von 18—28 Jahren wollen sich unter Einreichung etwaiger Zeugnisse nebst Lebenslauf melden beim

Verband der Rindviehkontrollvereine im Freistaat Danzig,
Danzig, Sandgrube 21.



Bestbewährte

Kartoffelpflanzloch-
Maschinen Sarrazin,

Hackmaschinen für Rüben u. Getreide, Syst. Dehne,

und sämtliche

Maschinen und Geräte
für die Frühjahrssaison,

liefern sofort

Nitsche i S-ka. Poznań
Kantaka 10. — Tel. 14-78.
WARSZAWA:
Złota 30, Tel. 79-49. Telegr.-Adr.: „Nitscheska"

Anzeigen-Annahme: Kleinere Anzeigen bis 11 Uhr vormittags, größere und solche, bei denen Korrektur gewünscht wird, Tags vorher erbeten.

Kunststickerin

arbeitet Decken auf Bestellung, gleichzeitig **Buntstickerei.**
Buda, Poznań, św. Marcin 54.

Motard'sche Stearinkerzen

Extra Prima Qualität
(6er und 8er Kronen, 6er und 8er Wagen)
empfiehlt zu billigsten Preisen
Universum Drogerie
Poznań, Fr. Ratajczaka 38.

Makulatur

weiße starke Bogen
mit Druck, Formate 46×59
hat abzugeben
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Zwierzyniecka 6.

Ankäufe u. Verkäufe

Gebrauchte **Möbel** (**auch antike**) kaufe u. zahle höchste Preise
Altmöbelhandlung
Poznań, Jasna 14

Zu kaufen gesucht
Klavier oder Pianino.
Drzewiecka, Chwaliszewo 2.

Optanten!
Meine Landwirtschaft, 47 Morgen, davon 4 Morgen Wiese, guter Boden, gute Gebäude, reichliches totes u. leb. Inventar, beabsichtige ich nach Deutschland **zu vertauschen** od. zu verkaufen. 2 km v. Stadt u. Bahnhof. **Friedrich Mählich,** Witaszyce, Kr. Jarocin.

Eine echte **Dobermannhündin** mit Jungen billig abzugeben. Zu erfragen im Zigarrengeschäft (Wronkerplatz) **Wolnica 4/5.**

Verkaufe rote

Speisemohrrüben,

frei Poznań á 4 zł.
Becker,
Tarnowo (Poznań).

Wir empfehlen antiquarisch, gut erhalten, mit prachtvollen Einbanddecken:

Mann und Weib

in ihren Beziehungen zur Kultur der Gegenwart mit 285 Abbildungen im Text und 13 Kunstbeilagen. 3 Bände. Großoktavformat.

Versandbuchhandlung der
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Am 11. Februar früh 5 Uhr verschied im Diakonissenkrankenhause nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Großvater, der

Landwirt

Rudolf Nickel

im 62. Lebensjahre.

Pruszewiec, den 12. Februar 1925.

Um stilles Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen

Frau Bertha Nickel geb. Düsterhöft
als Kinder: **Max**, **Arthur**, **Hildegard**
Frau Johanna Krenz geb. Nickel als Schwester
Gottfried Düsterhöft, Großvater
Hulda Düsterhöft
Adolf Weber, Wanne i. Westf.
Leop. Koenigsfeld, Quedlinburg

Die Beerdigung findet am Sonntag 3 Uhr nachm. vom Trauerhause aus statt.
Wagen Sonntag vorm. zu jedem Zuge in Biskupice

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meinen lieben Gatten und unseres treuen Vaters sagen wir allen auf diesem Wege unseren

innigsten Dank

Familie Pursian u. Kuhn.

Fräulein,

deutsch-katholisch, wünscht die

Bekanntschaft

eines soliden, strebsamen **Landwirts** von gutem Charakter, nicht unter 28 Jahren, dem **Einheirat** in eine **Landwirtschaft** von 90 Morgen geboten wird. Vermögen erwünscht. Gefl. Zuschr. mit Bild unt. **L. 2891** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Hackmaschinen

System „**Woolnough**" (wie von Dehne gebaut)

für Getreide und Rüben

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Breiten — desgl. Hackmesser

Woldemar Günter

Landw. Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Öle.

Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

Wegen Wirtschaftsänderung **verkaufe tadellos erh. 7 Atm. starke**

Lokomobile,

erbaut 1903 von Garrett-Smith, Magdeburg.

HUGO FRISKE, Sokołowo-Budzyński, Tel. 11.

Für sehr ernstliche Käufer

werden **Rittergüter** und **Landgüter** von 800 bis 3000 Mrg. sofort zu kaufen gesucht, außerdem auch **bessere Wirtschaften** von 100 bis 300 Morgen werden gebraucht. Genaue Offerten mit Verkaufsbedingungen erbeten an das **Landwirtschaftliche Kommissionsgeschäft**, Poznań, ul. Fr. Ratajczaka 10, I.

Drucksachen

jeglicher Art

für Behörden, Handel, Gewerbe, Industrie, Vereine und Private wie: Formulare, Briefumschläge, Mitteilungen, Geschäftsberichte, Rechnungen, Postkarten, Prospekte, Programme, Visitenkarten usw. in Ein- und Mehrfarbendruck liefern

:: prompt und preiswert ::

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

POZNAN, ul. Zwierzyniecka 6.

Prima Saatlein
12 Zentner Schwedenklee und 30 Zentner Rajgras hat abzugeben
Herrschaft Gora, pow. Jarocin.

Neu! Sofort lieferbar! Neu!
Wieder eingetroffen:

Flemming's Generalkarte von Polen.

Maßstab 1 : 1 000 000
mit **12 Nebenkarten**, geschichtlichen, statistischen u. wirtschaftlichen Angaben, sowie vollständigem Ortsregister.

:: Preis 4,70 Złoty. ::

Nach auswärts unter Streifband und Nachnahme mit Hinzurechnung der Spesen.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Abteilung Versandbuchhandlung, **Poznań, Zwierzyniecka 6.**

In größerer Industriestadt der Niederlausitz befindliches

Kolonialwaren- und Feinkostgeschäft

mit Grundstück und freiwerdender Wohnung and. Untern. halb. **per bald zu verkaufen.**

Anfragen an **Postschließfach 214. Guben N. L.**

Arbeitsmarkt

Wir suchen zwecks Gründung einer Niederlage allerorts eine Person als

Zweigstellenleiter

Beruf Nebensache. Fachkenntnisse, Kapital u. Lager nicht erforderlich. Auch nebenberuflich.
Offerten an **Hermann Doyer, Bregenz, Österreich.**

Gesucht

evang. Lehrkraft

für neu einzurichtende **Privatschule in Czempin** (Bahnstation) zu baldigem Antritt. Polnische Staatsangehörigkeit und polnische Sprache Bedingung. Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften an

v. Delhaes, Borówko Stare p. Czempin.

Suchen für Vorwerk, ca. **1000 Mrg.,** polnischsprechenden, erfahrenen, energischen, **verheirateten**

Beamten,

der unter **Leitung** des 1. Beamten zu wirtschaften hat. Gehalt 120 Ztr. Roggen und **Deputat**. Ausführlichen Lebenslauf unter **G. 2892** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suche zum 1. April 1925 einen älteren **unverheirateten**

energischen Beamten,

Bedingung: Beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig. Zeugnisse mit Angabe der Gehaltsansprüche bitte einzusenden an

Dominium Zberki, pow. Września.

Suche zum 1. 4. 25 Oberschweizer
mit eigenen Leuten für 50—60 Kühe und 40 Jungochsen.
BITTER, Zołędnice, pow. Rawicz.

Suche zu baldigem Antritt

jüngeren 2. Beamten.

Zeugnisse, Lebenslauf und Gehaltsansprüche erbeten an
BITTER, Zołędnice, pow. Rawicz.

Suche zu sofortigem Antritt

jüng., unverh. Gärtner.

BITTER, Zołędnice, pow. Rawicz.

Gärtner,

ledig, firm im Fach, zu **sofort gesucht.** Gehaltsanspruch, Zeugnisabschriften und Bild einzusenden an

Dom. Baby, p. Odolanów.

Suche zu sofortigem Antritt zwecks Erledigung der **Korrespondenz, Lohnlisten** und für **Telephon**

Buchhalter - Buchhalterin

Hauptbedingung: Vollkommene Beherrschung von Polnisch und Deutsch in Wort und Schrift. Zeugnisabschr. selbstgeschrieb. Lebenslauf u. Gehaltsanspr. erbittet (2845

Bleeker-Kohlsaat,
Słupia Wielka, poczta Środa.

Hauslehrerin (Lehrer)

für **Quartaner** und **Mädchen** (6. Lyzealklasse) von Ostern ab gesucht.

Frau v. Witzleben, geb. v. Olenhusen,
Liszkowo bei Łobżenica (Großpolen).

Stenotypistin,

flott und zuverlässig arbeitend, **gesucht.** Gute Kenntnisse der poln. Sprache für schriftl. Verkehr erwünscht. Sofortiger Eintritt möglich, aber nicht nötig. Angebote unter **E. 2829** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Älteres, durchaus zuverlässiges, besseres evgl.

Mädchen

zu 1. 3. oder 1. 4. **gesucht.** Meldungen Poznań, Aleja Marcinkowskiego 2, Hochpart. links.

Stellengesuche.

Oberinspektor

in mittl. Jahren unverh., eig. Haushalt, poln. Staatsbürger, **sucht** bald od. 1. 7. dauernden Wirkungskreis. Zeugn. besagen Selbständigkeit; Empfehl. anerkannter Autoritäten.
Offerten unt. **O. W. 2802** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wirtschafts-Beamter,

Landwirtssohn, 27 Jahre alt, evgl., beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, Landw.-Schuleabsolviert, Landwirtschaftskammerprüfung, 8 J. Praxis auf intensiv. Gütern, Gute Zeugnisse und Empfehlungen, sucht vom 1. 4. 25 anderweitige **Stellung.**

Fiebig, Nowawieś, pow. Krotoszyn.

Maurer,

mit allen Arbeiten gut vertraut, sucht Beschäftigung auf dem Lande. Off. u. **F. 2879** an die Geschäftsst. d. Blattes erbeten.

Diener, 16 Jahre alt, mit gutem Zeugnis sucht **Stellung** per bald oder 1. April. Gefl. Anfragen erbeten an
Szak, Dom. Tulce, poczta Gądki.

Suche z. 1. April Stellung als

Schäfer,

habe auch 2 junge Leute oder 3 zur Hofarbeit. Gefl. Angeb. u. **P. 2888** an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

Sohn achtbarer Eltern, ev., möchte die

Zahntechnik

erlernen. Angebote erb. unter **J. 2830** a. d. Geschäftsstell. dies. Blattes.

Sohn achtbarer Eltern sucht

Lehrstelle

in der **Eisenwarenbranche.** Näheres unt. **M. 2820** an d. Geschäftsst. d. **Blattes erb.**

Suche für meinen Sohn, 17 Jahre al. und der polnischen Sprache mächtig,

Lehrstelle

als **Schlosser. Otto Sommerfeld,** Słoki.

Privatschneiderin, d. Kleider arbeitet und Wäsche ausbessert, auch aufs Land fährt, sucht Beschäftigung für kleinen Preis. Off. u. **K. L. 2805** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Fräulein,

evgl., im Deutschen u. Polnischen perfekt, die Maschine schreiben kann und mit sämtlichen Büroarbeiten vertraut ist, sucht zum **1. März Stellung** als

Bürokraft oder Gutssekretärin.

Gefl. Angeb. unt. **Z. 2725** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Wirtin,

die gut kochen kann sucht **Stellung** vom 1. März 1925. Gute Zeugnisse sind vorhanden. Angeb. unt. **Z. 2817** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Für 18jähr. **Mädchen,** kath., aus gut. Familie, perf. polnisch in Wort und Schrift, ebenso deutsch, sof. **Stellung** ges. als

Stütze

oder zu Kindern in besserem Hause. Ansprüche sehr bescheid. Hat 3 Klassen höhere Schule. Off. unter **T. J. 2840** an die Geschäftsstelle dies. Blattes.

Evgl. **Fräulein,** 18 Jahre alt, mit abgeschloss. Lyzealbildg., die Handelsschule absolv., sucht **Kontorstellung.** Sie ist in Stenogr. u. Maschinenschreiben sowie in deutscher u. etwas poln. Korrespondenz bewandert, sowie in Buchführung. Auf gutes Haus bevorzugt. Antritt nach Belieben, evtl. 1. März od. 1. April ds. Js. Gefl. Off. unt. **H. 2893** an die Geschäftsst. ds. Bl. erb.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag,	den 12. 2.	**„Tosca"**, Gastspiel A. Dobosz.
Freitag	den 13. 2.	**„Othello"**.
Sonnabend,	den 14. 2.	**„La Bohème"**, Gastspiel A. Dobosz.
Sonntag,	den 15. 2. nachm. 3 Uhr	**„Madame Pompadour"**.
Sonntag,	den 15. 2. abends 7½ Uhr	**„Der Barbier von Sevilla"**.
Montag,	den 16. 2.	**„Legenda Bałtyku"**.

Suche bald 1000 Złoty

für **schuldenfreie Landwirtschaft.** Hohe Verzinsung in Vierteljahrsraten im voraus.
Angebote bitte unt. **K. 2890** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kurhaus

in einem sehr beliebten Badeort 20,000 Kurgäste bestes Sommer- u. Wintergeschäft, gr. Saal mit Kino, Tagung sämtl. Vereine, 4 Läden, Autogarag. Konzertgarten, viel Stallung, bestes Geschäft am Platze, nachw. hoher Umsatz, sofort umständehalber zu **verkaufen,** Preis **65,000** bei **40,000** Anz., hypothekenfrei. Eile dring. geboten. — Persönliche Anfragen erwünscht, sonst Rückporto erbeten.

Kauschmann
Grundstück-Zentrale, Ahlbeck (Seebad), Fernsprecher 122.

Wer erteilt einem jungen **Mädchen** Unterricht in

Polnisch, Stenographie und Schreibmaschine?

Gefl. An geb. u. **A. T. 2854** an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Gesang-Unterricht

erteile ich gewissenhaft nach italienischer Methode.
Offerten „**Par**", ulica 27. Grudnia 18 unt. **58 135.**

Pensionat

in Breslau Str., 6 große Zimmer 2 gr. Kabinetts, Bad, Mädchenz., gr. Küche Entree, Gas- und elektr. Anlage mit 1 Zimmer Möbel **bald zu verkaufen.** Off. unt. **B. Z. 540 an Rudolf Mosse, Breslau.**

Wohnungen

Großes möbliertes Zimmer

Nähe des Botan. Gartens **sofort zu vermieten**

Poznań Siemiradzkiego 8 I.

Möbl. Zimmer

ohne Betten und Wäsche von sofort zu vermieten.
Poznań, Skarbowa 15 II l.

Möbliertes

Zimmer

von sofort zu vermieten.
ul. Dąbrowskiego 49 S. H. III

---

2 möbl. Zimmer, 2 Tr., 27. Grudnia per 1. März zu vermieten. Angeb. u. **Z. 2878** an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Möbliert. Vorderzimmer an berufstätiges Fräulein bei **deutscher Familie per bald zu vermieten.** Gefl. Offerten unter **P. 2849** an die Gesch. dieses Blattes.

Existenz!

Prima Eckgrundstück mit Kolonialwaren, Delikat., Schankerlaubnis nachweislich hoher Umsatz, 4 Zimmerwohnung, Gas u. Wasser im Hause, hypothekenfrei, krankheitshalber sofort zu verkaufen oder bis 1. April zu übernehm. Preis **25000** M. bei mindestens 15000 M. Anz. Rückporto.

Kauschmann, Grundstück-Zentrale, Ahlbeck (Seebad).

Besserer Herr sucht leere **Einzimmerwohnung** oder leeres Zimmer ab 15. 2. od. 1. 3. Off. unter **K. 2872** an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Solider Bankbeamter sucht vom 1. 3., event. früher, sauber **möbliertes Zimmer** möglichst im Zentrum. Gefl. Off. unter **2855** an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

Hauslehrer,

katholisch, vorzügl. empfohlen, **sucht sof. Stellung.** Offert. mit Gehaltsansprüchen erb. unter **D. 2864** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wirtschaftsbeamter,

Pole, mit 9jähr. Praxis, Kammerprüfung, der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, **prima Zeugnisse** und Empfehlungen, **sucht Stellung als**

selbständiger Beamter,

auch unter **Oberleitung** zum **1. 4.** oder später. Gefl. Off. unt. **C. 2870** an die Geschäftsst. ds. Bl. erb.

Landwirtssohn, 18 Jahre alt, mit 3jähr. Tätigkeit, Polnischen in Wort und Schrift mächtig, **sucht Stellung** als

2ter Beamter

unter Leitung. Gefällige Angebote unter **M. 2871** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Rechnungsführerin

firm in Deutsch und Polnisch, langjähr. **Praxis**, sucht vom **1. 4. 25** auf größ. Gut **Stellung.** Off. an **M. H. 2831** an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

Kontoristin-Stenotypistin,

der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, vertraut mit **Buchführung** u. allen vorkom. Kontorarbeiten sucht 1. 3. in Posen **Stellung.** Angeb. u. **2836** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Kontoristin

(perf. **Stenotypistin**), mehrere Jahre praktisch tätig gewesen, sucht Stellung per sofort oder später. Angebote unt. **2412** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Diener

mit guten Zeugnissen, 16 Jahre alt, sucht zu bald oder 1. April **Stellung.**

Offerten erbeten an
Dominium Tulce,
poczta Gądki, powiat Środa.



Unser herzlich geliebter Bruder, unser lieber Schwager und Onkel

Albert Beyer,

Propst in Zbąszyń,

ist nach langem, mit vorbildlicher Geduld getragenem Leiden heute vormittag 9 ½ Uhr sanft im Herrn entschlafen.

Er starb im 53. Jahre seines Lebens, im 29. Jahre seiner priesterlichen Tätigkeit, wohl vorbereitet und gestärkt durch den Empfang der hlg. Sakramente.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 14. d. Mts., um 10 Uhr vormittags auf dem hiesigen Kirchhofe statt.

Zbąszyń, den 9. Februar 1925.

Im Namen der tiefbetrübten Familie

Prof. Georg Beyer,

Ehrendomherr und Propst der Klosterpfarrei in Wągrówiec.

Am 8. Februar verschied plötzlich und unerwartet im Alter von 65 Jahren zu Krotoszyn

Herr August Heldenstein

fürstlich von Thurn- und Taxis'scher Oberforstrat und Generalbevollmächtigter Seiner Durchlaucht des Fürsten von Thurn und Taxis.

Der Verlebte stand über 42 Jahre in fürstlich Thurn- und Taxis'schen Diensten. Ein Muster und Vorbild treuester Pflichterfüllung wurde er mitten in seiner schweren Berufstätigkeit dahingerafft. Sein Tod bedeutet für die fürstliche Gesamtverwaltung einen unersetzlichen Verlust.

In dankbarster Anerkennung seiner hohen Verdienste gibt hiervon geziemend Kenntnis.

Regensburg, den 9. Februar 1925.

Die fürstl. Thurn- u. Taxis'sche Gesamtverwaltung

Jos. von Mallinckrodt, dirigierender Geheimer Rat.



Am 11. Februar d. Js. entschlief sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Gustav Krause

im Alter von 72 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Otto Krause.

Głębocko, den 12. Februar 1925.

Beerdigung Sonntag nachmittag 4 Uhr in Głębocko.

Für die Teilnahme am Heimgange unserer lieben Mutter sagen wir allen, besonders Herrn Pfarrer Brummack für die trostreichen Worte am Grabe,

herzlichen Dank.

Geschw. Mohaupt.

Poznań, den 12. Februar 1925.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Heimgange meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Teilnehmern, ganz besonders Herrn Superintendenten Rhode für seine trostvollen Worte,

unseren herzlichsten Dank und ein „Vergelt's Gott."

Martha Dupke, geb. Chilla **nebst Kindern.**

Dr. Marx Ministerpräsident von Preußen.

Stichwahl gegen Dr. v. Richter mit 223 : 162 Stimmen. — Die beiden Wahlgänge. — Die voraussichtliche Ministerliste.

Wir meldeten bereits, daß die Wahl zum Ministerpräsidenten von Preußen am Dienstag eine Stichwahl erforderlich machte. In der Stichwahl, in der Dr. Marx und Dr. v. Richter um den Posten des Ministerpräsidenten kämpften, ist Dr. Marx als Sieger hervorgegangen. Im zweiten Wahlgang, bei der Stichwahl, wurden insgesamt 445 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 17 unbeschrieben und 43 ungültig. Von den übrig gebliebenen Stimmen beträgt die Mehrheit 193. Dr. Marx erhielt 223, Dr. v. Richter 162 Stimmen. Dr. Marx ist dadurch zum Ministerpräsidenten von Preußen gewählt.

Die darauf folgende Wahl des Landtagspräsidenten machte ebenfalls zwei Wahlgänge erforderlich. Gegenüber standen sich: Bartels (Soz.), Dr. v. Kries (Deutschnat.), Pieck (Komm.). In der Stichwahl wurde Bartels (Soz.) mit 215 Stimmen, gegen 182 Stimmen auf Dr. v. Kries, zum Landtagspräsidenten gewählt. Die bisherigen Vizepräsidenten Dr. von Kries, Dr. Porsch und Garnich wurden durch Zuruf wiedergewählt.

Der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Marx wird, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, die Wahl zum preußischen Ministerpräsidenten annehmen. Die Zusammensetzung des Kabinetts wird voraussichtlich folgende sein:

Dr. Marx (Zentrum) — Ministerpräsident,
Am Zehnhoff (Zentrum) — Justizminister,
Hirtsiefer (Zentrum) — Wohlfahrtsminister,
Dr. Hermes (Zentrum) — Landwirtschaftsminister,
Dr. Schreiber (Demokr.) — Handelsminister,
Höpker-Aschoff (Demokr.) — Finanzminister,
Staatssekretär Becker (Demokr.) — Kultusminister,
Severing (Sozialdemokr.) — Innenminister.

Von anderer Seite wird wiederum mitgeteilt, daß neben Hermes der Reichstagsabgeordnete Schetter in Frage kommt. Bei dem als Staatssekretär für das Kultusministerium in Frage kommenden Dr. Lammers muß betont werden, daß es sich hier um den Bruder des Reichstagsabgeordneten handelt. Dr. Lammers ist bereits seit Jahren im Kultusministerium beschäftigt.

*

Zu dieser Wahl des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Marx schreibt das der Deutschen Volkspartei nahestehende Organ, die „Köln. Ztg.":

„Die Feststellung des Landtagspräsidenten, daß der Reichskanzler Marx zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt worden sei, wurde vom Zentrum mit lebhaftem Beifall, von den Kommunisten mit der Frage „Auf wie lange?" begleitet. Das Kennzeichnende dieser Wahl liegt in der Parteistellung der beiden Hauptkandidaten. Sowohl Marx wie Dr. v. Richter gehören den Mittelparteien an und sind beide nach ihrer persönlichen Eigenart aufs Sachliche gerichtete Politiker. Daß zwei politische Führer, die nach ihrer Grundanschauung einander so nahe stehen wie Marx und Dr. v. Richter, als Exponenten der großen Gegensätze zwischen den feindlichen Gruppen in Preußen einander gegenüberstehen, zeigt, wie ungesund die Lage in dem größten deutschen Lande ist. Marx wird nunmehr sein Kabinett zu bilden haben. Seine Hoffnung auf ein Gelingen beruht wohl auf dem Zutritt der Wirtschaftspartei zur Weimarer Koalition. Ob sich die Hoffnung erfüllt, steht noch dahin. Jedenfalls wird der Wirtschaftspartei das denkbar Mögliche an Zugeständnissen gemacht. Wie es heißt, wollen die Sozialdemokraten sich mit einem Vertreter im neuen Kabinett begnügen, wenn dieser Vertreter Severing heißt und das Ministerium des Innern erhält. Da aber das preußische Ministerium des Innern der Mittelpunkt und die Kraftquelle der preußischen Regierung ist, wirft sich für die Wirtschaftspartei die Frage auf, ob eine Besetzung des Ministeriums des Innern mit Severing der Sozialdemokratie bestimmenden Einfluß im Kabinett gewährt; denn für diesen Fall hat sie sich offiziell gegen eine Unterstützung des Kabinetts festgelegt. Auch das Zentrum ist zu einem Entgegenkommen an die Wirtschaftspartei bereit, indem es unter Umständen Herrn Hirtsiefer, der als Schutzherr der Wohnungszwangswirtschaft bei der Wirtschaftspartei persona ingrata ist, aus dem Wohlfahrtsministerium verschwinden lassen will. Eine Entscheidung der Wirtschaftspartei liegt noch nicht vor. Infolgedessen ist es müßig, auf die Namen der einzelnen Minister des Kabinetts, die bereits durch die Wandelgänge schwirren, einzugehen. Ebenso wird man ruhig abwarten können, ob der neue Ministerpräsident Marx außer der Erweiterung der Weimarer Koalition noch andere Wege der Kabinettsbildung beschreiten wird, z. B. denjenigen des bürgerlichen Beamtenministeriums. In jedem Falle dürfte die Regierung Marx eine Übergangserscheinung sein und in kurzer Frist zu Neuwahlen führen, wenn sich nicht Marx und das Zentrum zur Bildung der großen bürgerlichen Koalition entschließen. Allerdings berechtigt die Person des ehemaligen Reichskanzlers Marx nicht zu solchen Erwartungen."

Die politisch sehr gut unterrichtete und der demokratischen Partei nahestehende „Frankfurter Zeitung" schreibt über die neuen Kombinationen:

„Herr Marx steht jetzt ungefähr vor derselben Aufgabe wie vor zehn Tagen Herr Braun. Bis jetzt ist noch nicht zu sehen, daß ihre Lösung für ihn leichter werden sollte als für seinen Vorgänger. Ganz abgesehen davon, daß die Mehrheit, die sich heute für ihn ausgesprochen hat, nicht weiter reicht als die Brauns, für eine sichere zuverlässige Regierungsarbeit im Landtag also kaum genüge, hat es sich heute auch gezeigt, daß es nicht einfach sein wird, eine Übereinstimmung über die Verteilung der Ressorts innerhalb der drei Regierungsparteien herzustellen. Fest steht bis jetzt nur, daß das Zentrum mit Marx das Präsidium des neuen Kabinetts, die Sozialdemokraten mit Severing das Ressort des Innern besetzen werden. Aber im übrigen hat das Zentrum bei den letzten Besprechungen einen Ausdehnungsdrang an den Tag ge-
Finanz- und das Handelsministerium überlassen, für
Es sind außer dem Präsidium die Ressorts der Justiz (am Zehnhoff) und der Volkswohlfahrt (Hirtsiefer), dazu aber das bisher von dem Demokraten Wendorff geleitete Landwirtschaftsministerium, für das vielleicht Herr Dr. Hermes, der frühere Reichsernährungs- und spätere Reichsfinanzminister in Betracht käme, schließlich auch noch das Staatssekretariat im Unterrichtsministerium. Den Demokraten würde man, da sie zwei politische Posten beanspruchen, vielleicht das Finanz- und das Handelsministerium überlassen, für die die Abgeordneten Dr. Höpke-Aschoff und Dr. Schreiber-Halle genannt werden. Wenn nun das Unterrichtsministerium nicht mit einem Parteimann besetzt werden sollte, bliebe für die Sozialdemokraten nur das Ressort des Innern übrig, immerhin etwas wenig für die mit Abstand stärkste Partei. Hier gäbe es also noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, um zunächst einmal innerhalb der Regierungskoalition selbst die Dinge ins Reine zu bringen. Noch komplizierter würde die Aufgabe des Herrn Marx, wenn er den naheliegenden Versuch unternehmen würde, die Basis seines Kabinetts zu erweitern, obwohl die Aussichten dafür denkbar gering sind. Er ist um den Auftrag, den man ihm kurz nach seinem Mißerfolg im Reiche aufgedrängt hat, wahrhaftig nicht zu beneiden; denn über die Kämpfernatur, deren er bedürfte, um sich im eigenen Lager und dann der Opposition gegenüber durchzusetzen, verfügt er nun einmal nicht. Vielleicht hat man ihn aber gerade deshalb berufen, weil man von seinem dem Ausgleich der Gegensätze geneigten Wesen einen Erfolg erhofft."

Das „Berliner Tageblatt" nennt die Wahl Dr. Marx „eine Warnung und ein Programm". „Herr Marx sei nicht der erste beste. Man kennt seine politische Überzeugung und die Festigkeit, mit der er sie bewahrt. Die Volkspartei sollte jetzt die Konsequenzen ziehen, denn dieser Weg führe zurück auf die große Koalition. Der Kampf um Preußen hat erst jetzt begonnen, und er wird nicht so schnell enden. Das Zentrum würde sich selber aufgeben, wenn es sich in Widerspruch zu seiner Wählerschaft stellen würde und wenn es heute verfluchen wollte, was es gestern noch angebetet hat."

Bisher liegen nur die Stimmen der Mittel- und Linksparteien vor. Die Rechtsparteien und ihre Stellungnahme ist noch nicht klar bekannt. Auch die radikalen Links- und Rechtsstimmen fehlen noch. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Regierung Marx mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird.

Die Wahrheit gefällt nicht.

Rotterdam, 11. Februar. (Privattelegr.) Die „Times" schreiben: Die Rede Luthers in Köln hat in London unangenehm berührt. Die britische Regierung kann den Vorwurf der Vertragsverletzung in keinem Fall stillschweigend hinnehmen.

In kurzen Worten.

Infolge der durch den Südweststurm verursachten Störungen der telegraphischen Verbindungen mit Belgien, Holland, England, Nord- und Mitteldeutschland erleidet der Telegrammverkehr dorthin Verzögerungen.

*

Der neue Dampfer „Ena de Larrinago", der für Spanien erbaut wird, geht seiner Fertigstellung entgegen. Die Probefahrt steht in Kürze bevor.

*

Der frühere Reichskanzler Bauer wurde nach § 28 des Organisationsstatuts aus der sozialdemokratischen Parteimitgliederliste gestrichen.

*

Bei den Kommunistenkrawallen in Marseille, wobei es zu ernsten Zusammenstößen gekommen ist, gab es zwei Tote und mehr als 100 Verwundete.

*

Generaloberst von Linsingen, der frühere Oberbefehlshaber der deutschen Südarmee aus dem Weltkriege, begeht heute in Hannover seinen 75. Geburtstag.

*

Der Wirkliche Geheime Rat, Prof. Dr. Engler, der einen hervorragenden Ruf als Chemiker besitzt und von 1887 bis 1890 Mitglied des Deutschen Reichstags war, ist in Karlsruhe im Alter von 83 Jahren gestorben.

*

Der vom Senator Borah im Washingtoner Senat eingebrachte Gesetzentwurf auf Freigabe des ehemals feindlichen Eigentums begegnet starker Opposition.

Letzte Meldungen.

Das schwere Grubenunglück.

Essen, 12. Februar (11,50). Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet aus Dortmund um 6 Uhr morgens zu der Schlagwetter-Explosionskatastrophe in der Zeche „Minister Stein": „Die Sirenenrufe, die gegen 9 Uhr abends ertönten und die Ferngespräche nach Rettungsmannschaften trugen die Kunde von dem furchtbaren Unglück in die Nachbarschaft. Die Straßen, die nach der Unglücksstätte führten, waren weit von Krankenautos, Personen- und Lastkraftwagen überfüllt, die in rasender Fahrt der Stelle zueilten. Die Straßen in der Nähe des Schachtes waren von Tausenden von Angehörigen der Belegschaft umsäumt. Die Zeche „Minister Stein" ist seit 1901 von größeren Unglücken verschont geblieben. Die Rettungsmannschaften leiden schwer unter den Gasen, die keinen Abzug haben und können nur Schritt für Schritt zur Unglücksstelle vorbringen."

Dortmund, 12. Februar (12 Uhr 20). Bei den Bergungsarbeiten auf der Zeche „Minister Stein" wurden bis 11½ Uhr 70 Tote geborgen.

Der Danziger Postkonflikt.

Die Agencja Wschodnia meldet aus Danzig: Der Hohe Kommissar erhielt vom derweiligen Vorsitzenden des Völkerbundsrates, Franco de Mello, die Antwort auf den Brief vom 17. Januar. In dem Briefe wird u. a. gesagt: Ich erkläre mich mit Ihnen damit einverstanden, daß Sie die im Schreiben vom 17. Januar berührten Fragen dem Völkerbunde vorstellen werden. Ich verstehe Ihre Furcht wegen des Bestehens der Briefkästen in der Freistadt Danzig und im Zusammenhang mit der Postbedienung, die sie erfordern, bevor der Völkerbundsrat die Rechtsfrage entscheidet. Ich bin der Meinung, daß der Rat der Vernunft und dem guten Willen aller Interessierten, vor allem aber der Bevölkerung der Freistadt Danzig, vertrauen darf und sicher sein kann, daß die gegenwärtige Lage, die einige Wochen bis zur Versammlung des Völkerbundsrates dauern wird, zu keinen neuen Verwicklungen Anlaß geben wird. Ich weiß, daß die Danziger Behörden polizeiliche Maßnahmen getroffen haben, die den Schutz der Postobjekte zum Zwecke haben, und ich äußere meine Zustimmung zu diesem Schritt.

Das Berichterstatterkomitee.

Berlin, 12. Februar. Wie die Abendpresse erfährt, soll Quinones de Leon zum Berichterstatter in Danziger Fragen ernannt worden sein, die bei der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates zur Beratung stehen werden. Die Ernennung erfolgt im Einvernehmen mit der Verkehrskommission des Völkerbundes, die bekanntlich vom Völkerbundsrat eingesetzt wurde, als die Eisenbahndirektion in Danzig in polnische Verwaltung gegeben wurde. Zum Komitee gehören: Prof. Eising, Prof. Bivante von der Römischen Universität und der Generaldirektion der Schweizer Bundesbahnen, Niquille. Das Komitee soll am 18. Februar zusammentreten.

Banditen.

Wie dem „Kur. Pozn." gemeldet wird, hat eine Sowjetbande bei Równo einen Überfall auf das Gut Duliby versucht. Die Grenzwehr wurde zur Zeit alarmiert und nahm sieben Banditen fest, während die übrigen in der Dunkelheit entkamen.

Unruhen in Prag?

Die Agencja Wschodnia meldet aus Warschau: Es kreisen Gerüchte, daß sich in Prag Teuerungsunruhen ereignet hätten. Eine ungeheure Volksmenge drang auf den St. Wacławplatz, indem sie die Polizeikette durchbrach. Das herangerufene Militär zerstreute die Menge mit Schüssen. Die Polizei hatte mehrere Tote. 40 Zivilpersonen wurden verwundet. Aus der Menge wurde nach der amerikanischen Gesandtschaft geschossen, in deren einem Fenster der Sekretär stand. Die Kugeln verfehlten ihn.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Prag: Zu Beginn der Mittwochsitzung der Abgeordnetenkammer teilte der Kammervorsitzende mit, daß er im Namen der Regierung in Vertretung des Ministerpräsidenten eine Regierungserklärung über die Gründe der Teuerung und die letzten blutigen Teuerungsunruhen abzugeben beabsichtige. Nach dieser Erklärung machten die kommunistischen Abgeordneten ungeheuren Tumult und begannen mit den Pultdeckeln zu schlagen. Der Vorsitzende rief sieben kommunistische Abgeordnete zur Ordnung. Minister Stirbrny war nicht in der Lage, das Wort zu ergreifen, weil der Lärm ununterbrochen andauerte.

Deutsches Reich.

Kein Aufnahmegesuch.

Rotterdam, 11. Februar. (Privattelegr.) „Daily News" melden aus Berlin: Nach Versicherungen von diplomatischer Seite richtet das Kabinett Luther kein Aufnahmegesuch an den Völkerbund. Er steht für die am 3. März beginnende Tagung des Völkerbundes auf dem Boden der Marxschen Vorbedingungen.

Postminister a. D. Hoefle verhaftet.

Berlin, 11. Februar. Der verhaftete Postminister a. D. Hoefle hat um die Aufhebung des Haftbefehls ersucht und eine Kaution in bedeutender Höhe angeboten. Da Hoefle wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe in Haft genommen ist und ferner Verdunkelungsgefahr besteht, so ist an ein Stattgeben des Antrags nicht zu denken. Schwerwiegend ist die Tatsache, daß Hoefle vor Antritt des Ministerpostens nahezu mittellos war und noch Schulden hatte, während er heute bedeutende Bankguthaben, die bis zu 400 000 Mark gehen, besitzt. In den letzten Tagen hat Hoefle Vorbereitungen getroffen, die mit der Abhebung seiner Bankguthaben ihren Abschluß fanden, und von denen die Staatsanwaltschaft annimmt, daß sie der Flucht des schwerbelasteten und mit Zuchthaus bedrohten Exministers gegolten haben.

Um den Innenminister.

Berlin, 11. Februar. Heute halten Deutschnationale und Volkspartei des Preußenlandtags Sitzungen ab. Wie verlautet, wird gegen die Übertragung des Innenministeriums an den Sozialdemokraten Severing von beiden Parteien schärfster Protest beim neuen Ministerpräsidenten Marx erhoben. Sollte Herr Marx auf diesen Absichten bestehen bleiben, werden beide Rechtsparteien das Mißtrauensvotum im Landtag gegen ihn einbringen. Andererseits hat gestern die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschlossen, nur unter der Bedingung in das neue Kabinett Marx einzutreten, daß das Innenministerium der Sozialdemokratie erhalten bleibt. Anderenfalls habe die Sozialdemokratie an dem Zustandekommen des Kabinetts Marx kein Interesse.

Der Barmatskandal.

Berlin, 11. Februar. In Verfolg der schwerwiegenden Geständnisse Barmats und Kutiskers findet seit heute früh eine Generalkonferenz der zuständigen Behörden beim Oberstaatsanwalt statt. Bei Abgang dieses Berichtes war die Besprechung noch nicht beendet. Es verlautet, daß auf Grund der Aussagen Massenvernehmungen von Parlamentariern und Regierungsbeamten erforderlich werden, die durch die Geständnisse schwer belastet sind. Im Untersuchungsausschuß herrschte heute früh eine gedrückte Stimmung, das Schicksal Hoefles scheint auch noch anderen Parlamentariern zu drohen. Kriminalkommissar Klinghammer, der im Ausschuß gegen Regierungsbeamte und Abgeordnete schwer belastende Aussagen gemacht hat, wird seit heute früh in Moabit als Zeuge verhört.

Leichtsinn.

München, 12. Februar. Auf einem Münchener Maskenfest ereignete sich ein tragischer Unfall. Ein Teilnehmer, der in argentinischer Tracht als Farmer dem Fest beiwohnte, richtete im Scherz einen Revolver, von dem er angenommen hatte, daß er entladen sei, auf eine Dame und drückte ab. Der Schuß ging los und traf die Dame, die tödlich verletzt zusammenbrach. Die Kugel traf noch eine zweite Person, welche leicht verletzt wurde. Der Täter, ein junger Landwirt, wurde verhaftet.

Der Zusammenbruch der Allgemeinen Depositenbank in Wien.

Aus Wien wird uns geschrieben: Soeben hat der Ausgleichsverwalter dem Ausgleichskommissär das Vermögensverzeichnis der Depositenbank überreicht. Es ist das summarische Ergebnis aus nahezu 60 000 Konti. Es betragen in Millionen Kronen: die Aktiven 641 806, die Passiven 951 046 und die bevorrechteten Forderungen 353 500, so daß zur Befriedigung der Quotengläubiger, deren Forderungen 597 546 ausmachen, nur 288 306 Millionen bleiben. Damit wäre die angebotene Quote von 45 Prozent gedeckt. Die interessantesten Posten des Vermögensverzeichnisses sind folgende: unter den Passiven 722 485 für Kreditoren, 74 670 für Finanzwechsel und 15 000 für Garantien. Die Finanzwechsel dürften durchwegs überzogen sein. Und durch ihre Einreihung in die nicht bevorrechteten Forderungen werden viele Kommittanten der Bank schwer geschädigt. Unter den bevorrechteten Forderungen bilden die größte Post von mehr als 250 Milliarden solche, die auf Grund von Retentions- oder Kompensationsansprüchen voll befriedigt werden müssen. Ferner sind für Gehälter bis 31. März 21 Milliarden, für Pensionen 36.9 Milliarden eingestellt. Die Ausgleichspesen betragen 15 Milliarden.

Aus anderen Ländern.

Amerika, Rußland, Völkerbund.

Genf, 11. Februar. (Privattelegr.) Wie der „Herald" aus Tokio meldet, ist im Reichstag der Antrag der Opposition eingegangen, die Teilnahme Japans am Völkerbund so lange ruhen zu lassen, bis auch die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland dem Völkerbund angehören. Der „Herald" fügt hinzu, der Antrag habe in Presse und Parlament „Entrüstung" hervorgerufen. (Nach den Wahlen vom letzten Sommer verfügt die Opposition im Reichstag über ³/₅ der Sitze.

Gegen Herriot.

Genf, 11. Februar. (Privattelegr.) „Echo de Paris" meldet, die Tagung der gemäßigten Sozialisten hat am Dienstag sich dahin ausgesprochen, daß das Kabinett Herriot nur bedingt weiter zu unterstützen sei. Herriot habe die bei Uebernahme der Regierung gegebenen Zusagen hinsichtlich des inneren Kurses nicht erfüllt. Eine Kampfstellung gegen das Kabinett lehnte der Parteitag mit Rücksicht auf die durch Deutschland drohende neue Gefährdung der Sicherheit Frankreichs ab.

Ins Ungewisse.

Rotterdam, 11. Februar. (Privattelegr.) Die „Morningpost": Zu Verhandlungen mit Deutschland über die Kölner Räumung liegt heute noch weniger Veranlassung vor als vor dem 10. Januar. Die aus Berlin kommenden Berichte über den Abschluß der jetzigen Militärkontrolle sind so niederdrückend, daß sie auf noch lange Zeit hinaus die Räumung der Besatzungsgebiete verhindern werden.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel, Wirtschaft, den übrigen unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.